

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 114.

Montag, den 18. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Alte Leute an der „Arbeit“.

Mißhandlungen der Rekruten, begangen durch sogenannte alte Leute, werden immer mehr zu einer ständigen Erscheinung in der Armee. Und während sonst die Geseßgebungsmaschine fortwährend schnurrt, während das Reich zugunsten der Arbeitswilligen drakonische Strafbestimmungen geschaffen hat, läßt es in diesem Falle, genau so wie bei den Mißhandlungen Untergebener durch Vorgesetzte, alles beim alten.

Fast noch viel notwendiger als die Verschärfung der zwei Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches, die sich mit der Bestrafung mißhandelnder Vorgesetzter befassen, ist es, die alten Leute, die jüngere Kameraden schinden, auf das Korn zu nehmen. Aber über allen Gipfeln ist Ruh. Das preußische Kriegsministerium macht auch hier keinen Vorschlag geseßgeberischer Maßnahmen, obwohl sie der Annahme durch den Reichstag sicher wären.

Es lohnt sich, einige von den Mißhandlungen, die alte Leute im vorigen und in diesem Jahr an Rekruten verübt haben, in Erinnerung zu rufen. Bei derartigen Schindereien spielt nicht selten auch eine widerliche Feigheit mit. Nicht genug, daß in diesen Fällen mehrere über einen herfallen: die Rohlinge verüben ihre „Taten“ auch noch im Dunkeln und werfen ihrem Opfer manchmal eine Decke über den Kopf, damit der Geschundene sie nicht erkennt.

Im preußischen Infanterie-Regiment Nr. 70 blieb ein Rekrut über den Zapfenstreich aus, weil er sich bei einem Besuch seines Vaters verspätet hatte. Wegen dieser Kleinigkeit wurde er in der Nacht von alten Mannschaften überfallen und in der rohesten Weise mit Klopfspeitschen mißhandelt. Wegen der herrschenden tiefen Dunkelheit konnte der Rekrut seine Peiniger nicht erkennen. Als diese ihn verlassen hatten, stellte sich auch noch der Musketier Führer ein und mißhandelte den Rekruten ebenfalls. Nun wurde der arme Teufel verzweifelt und sprang vom zweiten Stockwerk zum Fenster auf den gepflasterten Kasernenhof hinaus. Hier blieb er bewußtlos liegen. Im Lazarett wurden an ihm Brüche des linken Schenkels und Armbrüche konstatiert. Was geschah nun den alten Leuten? Jenen, die den Rekruten zuerst mißhandelt hatten, passierte überhaupt nichts, weil sie im Dunkeln „gearbeitet“ hatten und daher nicht festgestellt werden konnten. Der Musketier Führer aber bekam ganze sechs Wochen Gefängnis! Das Gericht verurteilte ihn überhaupt nur wegen Ungehorsams, da er einen Regimentsbefehl, nach dem alte Leute die Rekrutenstuben nicht betreten dürfen, nicht befolgt hatte. Wegen der an dem Rekruten begangenen Mißhandlungen wurde er freigesprochen, weil das Gericht nur eine leichte Körperverletzung annahm und derartige Körperverletzungen nach § 232 des Reichsstrafgesetzbuches nur auf Antrag verfolgt werden, der Rekrut aber einen solchen Antrag nicht gestellt hatte. Der Fall lehrt deutlich, daß in das Militärstrafgesetzbuch eine Bestimmung aufgenommen werden muß, die vorschreibt, daß Mißhandlungen, die Kameraden an einem Kameraden begangen, unter allen Umständen ex officio zu verfolgen sind, gleich, ob ein Antrag des Geschlagenen vorliegt oder nicht.

Im Königsulanen-Regiment in Hannover wurde ein freiwillig eingetretener Rekrut schon auf seiner ersten Stallwache von alten Leuten überfallen und, nachdem man ihm eine Decke über den Kopf geworfen hatte, mit Rohrstöcken und ähnlichen „Instrumenten“ so fürchterlich geschlagen, daß er ohnmächtig wurde. Dann ließen ihn seine braven Kameraden wie ein Stück Vieh liegen. Als er wieder zum Bewußtsein kam, verfiel er in heftige Zuckungen. Außerdem mußte er auf 4 Tage ins Lazarett gebracht werden. Wegen dieser Mißhandlung wurden die Wannen Cook und Wasserleben zu 9 beziehungsweise 10 Monaten Gefängnis verurteilt, der Mann Mertens erhielt 2 Monate Gefängnis.

Der Hornist Hermann Lutardt aus der Musketier Otto Dressel vom 95. preußischen Infanterie-Regiment traten einem Rekruten mit ihren schweren Hängelbeschlagenen Stiefeln in die Kniekehle und in die Nierengegend, so daß der Mißhandelte sofort zusammenbrach. Andere Rekruten erzielten Tritte gegen die Beine. Damit sie die Fußritte besser aussteilen konnten, hielten die zwei „Alten“ an ihren Nachbar fest! Lutardt wurde zu 4, Dressel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Husaren Vogelmann und Starke vom preußischen 10. Husaren-Regiment schlugen einen Rekruten auf dem Häckelboden so lange mit einem Stod-

und einem Riemen, bis er zusammenstürzte. Sie wurden mit 4 beziehungsweise 3½ Monaten Gefängnis bestraft.

Der Dragoner Hinrichs vom oldenburgischen Dragoner-Regiment hat einen Rekruten mit dem Stallbesen fürchterlich geschlagen, er schlug ihn mit der Lanze viermal so stark über den Kopf, daß die Helmschrauben sich lösten. Dafür wurde er zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Rekrut, der wegen der an ihm verübten Mißhandlung fahnenflüchtig geworden war und dann auch noch einen Selbstmordversuch unternahm, wurde auch noch von anderen alten Leuten malträtiert. Da der Mißhandelte gegen die letzteren keinen Strafantrag gestellt hatte, kamen der Gefreite Berghof, der Gefreite Ahlers und der Dragoner Schwedemann mit 3 Tagen Mittelarrest davon.

Recht munter ging es auch bei der 4. Eskadron des preußischen Regiments der Gardedivision zu. Bei ihr wurden fast alle Rekruten von alten Leuten mißhandelt. Auf dem Häckelboden, wo es gewöhnlich dunkel war und daher die Täter nicht erkannt werden konnten, gab es Prügel mit Heuseilen. Im Stalle das gleiche mit Trense, Striegel und Degenscheibe. Der Gefreite Perri wurde zu 6 Wochen Mittelarrest, der Gefreite Schlicher zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt, die alten Mannschaften Teichmann, Schwarz und Overbeck wurden mit 3 bis 5 Wochen Gefängnis bestraft.

Der Heizer Bittes vom kleinen Kreuzer Stettin schlug einen Rekruten nachts ins Gesicht, würgte ihn am Hals und schnitt zuletzt auch noch den Strick der Hängematte durch, in der der Mißhandelte lag, so daß dieser zu Boden stürzte und sich eine leichte Gehirnerschütterung zuzog. Einen anderen Rekruten hat der Heizer mehrmals ins Gesicht geschlagen. Trotzdem kam er mit 4 Wochen Arrest davon. Vier Musketiere der 3. Kompanie des preußischen 96. Infanterie-Regiments schlugen nachts einen Rekruten mit Klopfspeitschen. Jeder von ihnen erhielt nur eine Woche Gefängnis.

Der Jäger zu Pferde Hugo Räuber im 2. Jäger-Regiment zu Pferde verjehrte einem Rekruten mit einem ungewöhnlich langen und schweren Rohrstock circa 40 Hiebe über Kopf, Rücken und Beine. Als der Rekrut zusammengebrochen war, schüttete Räuber über ihn auch noch ein Gefäß voll Wasser aus. Ein Jäger zu Pferde namens Karl Riechers kam hinzu und verjehrte dem Rekruten auch noch mehrere Schläge. Räuber wurde zu 4 Monaten 1 Woche Gefängnis und Riechers zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

Damit wollen wir unsere Zusammenstellung schließen, obwohl sie sich beliebig verlängern ließ. Vor allem muß konstatiert werden, daß die Urteile häufig recht mild sind.

Endlich möchten wir noch ein sehr gutes Mittel zur Dämpfung des Tatendrangs der alten Leute empfehlen. Werden in einer Kompanie, Eskadron usw. Rekruten durch alte Leute mißhandelt, so ordne man auf 6 Wochen oder 2 Monate im Revier der betreffenden Abteilung patrouillierende Nachtposten an, die dafür verantwortlich wären, daß kein „alter Mann“ in der Nacht sich zu den Rekruten verirrt. Diese Posten lasse man von der alten Mannschaft stellen, die dadurch selbst ein Interesse daran bekommt, daß die Rekruten von Mißhandlungen durch alte Leute verschont bleiben.

Wirksamere freilich als alle Strafen würde es sein, wenn man Ehrgefühl und Solidarität oder echte Kameradschaft auch gegenüber den jüngsten in jedem Soldaten erwecke. Allerdings: der herrschende Militarismus braucht diese Kameradschaft nur gegenüber dem Zivilistenpaar, nicht der Soldaten untereinander. Denn hier könnte sie schließlich auch andere Mißhandlungen verhindern als die von „Alten“ gegen Rekruten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eigene Reichstagsjournen.

Zwei Sitzungen von zehn Stunden.

Der Reichstag beriet am Sonnabend an erster Stelle seinen eigenen Etat. Dies benutzte Genosse Ledebour, um auf all die Unzuträglichkeiten hinzuweisen, die für die Arbeit des deutschen Reichsparlaments aus dem Diätengesetz und der Rücksichtslosigkeit der Regierung entspringen. Die Bestimmung, daß die erste Ratenzahlung der Diäten am 1. Dezember, die letzte am 1. April erfolgt, hat dazu geführt, daß die Dauer der Session immer kürzer, die Sitzungen selbst aber immer länger werden. Die Abgeordneten sind außerstande, selbst bei größter Anstrengung ihrer Kräfte das ihnen aufgezwungene Maß von

Arbeit zu leisten. Dabei wird jede Disposition über die Reichstagsarbeit unmöglich, und am Schlusse der Session fallen die Gesetze haufenweise unter den Tisch. Eine Unmenge Arbeit ist umsonst veran. Die Regierung nimmt indessen auf die Überlastung des Reichstages keinerlei Rücksicht, sondern kommt gerade im letzten Augenblick mit umfangreichen und wichtigen Vorlagen, auf deren unbedingter Erledigung sie noch besteht. Diese Zustände haben sich in den letzten Jahren zur Unerträglichkeit gesteigert und sind nicht nur eine Qual für die Abgeordneten, die Reichstagsbeamten und die Pressevertreter geworden, sondern schädigen das ganze politische Leben und die Geseßgebungsarbeit aufs allerchwerste. Besserung kann nur eine gründliche Änderung des Diätengesetzes und der feste Entschluß des Reichstages schaffen, sich künftig Ungezogenheiten seitens der Regierung nicht mehr gefallen zu lassen.

Die bürgerlichen Parteien mußten dieser auch vom Genossen Hoch unterstützten Kritik durchaus zustimmen, da die angeführten Tatsachen und Gründe unwiderleglich sind. Aber sie besitzen nicht den festen Willen, der nötig wäre, um Besserung zu schaffen. Die Konservativen ließen durch Herrn Frommer sagen, daß sie überhaupt nicht wissen, was sie wollen, das Zentrum konfirmierte eine Mißgünstigkeit des Reichstages, die in den langen Reden liegen soll, und die Nationalliberalen meinten, daß man mit 3 Stunden Kommissionsarbeit und 6 Stunden Plenarsitzung im Tag doch nicht fertig würde, und deshalb gegen die unerträglichen Dauersitzungen nicht viel ausrichten könne. Platonisch bekundeten freilich alle Abgeordneten ihren Wunsch, die Arbeit des Reichstages in künftigen Sessionen vernünftiger einzuteilen und in geordneterem Verfahren durchzuführen.

Aber eben nur platonisch. Wie wenig ernst es ihnen mit den guten Absichten ist, bewies gleich der Verlauf der Sonnabend-Sitzung. Dieselben Parteien, die das verpöbelte Diätengesetz damit entschuldigend hatten, daß es wenigstens die Beschlußfassung des Hauses sicherte, mußten bei der ersten Abstimmung des heutigen Sonnabends zusehen, daß das Haus beschlußfähig war und die Sitzung ausflog. Mit der zweiten Sitzung, die sofort daran angegeschlossen wurde, zusammen genommen, hatte man nahezu 10 Stunden geseßen. Wieder waren es die Parteien, welche über die langen Reden geklagt hatten, die durch eine weisheitsvolle Debatte über die Lage der Zuckerindustrie und der Branntweinbrennerei eine ungeheure Zeitverschwendung trieben. Auch ein neuer Vorstoß der Agrarier gegen die Einfuhr von Futtermitteln verzögerte den Abschluß der Etatsberatung. Unsere Genossen Wurm und Mollenhuth begnügten sich damit, in kurzen Worten auf die Heuchelei der bürgerlichen Parteien hinzuweisen, die selbst die Aufrechterhaltung der hohen Zuckersteuer beschlossen haben, die selbst das private Monopol des Spiritusringes schlingen, die erneut den kleinen Bauern und den Fleischkonsumenten belasten wollen, und dabei über all das klagen, was sie selbst angerichtet haben.

In der siebenten Stunde gelangte die zweite Lesung des Etats endlich zu Ende. Die bürgerliche Mehrheit peitschte dann noch das neue Spionagegesetz durch, an dem die Genossen Stadthagen und Cohen eine wohlbegründete, aber leider wirkungslose Kritik übten. Die bürgerliche Mehrheit, die sich eben gegen die Regierung stark gemacht hatte, konnte sich nicht enthalten, dem Kriegsminister das Gesetz nach Wunsch zu apporrieren. — Die Tagesordnung vom Montag enthält einige 20 Punkte!

Kriegsminister v. Falkenhayn gegen die Presse.

Der Kriegsminister hat im Reichstag seine Forderung für eine Erweiterung des Pressebureaus im Kriegsministerium damit begründet, daß er seine Beziehungen zu der Presse möglichst eng gestalten wolle. Im Reichstag fand er damit freilich keine Gegenliebe, die Forderung wurde abgelehnt. Wir vermuten, daß dieses erweiterte Bureau neben der Versorgung der kriegslichen Presse mit mehr oder weniger gefährlichen Nachrichten, auch die Aufgabe gehabt hätte, der oppositionellen Presse Schwierigkeiten zu bereiten. Der Kriegsminister hat außerdem Strafantrag gegen die Genossin Luxemburg, auch Strafanträge gegen den „Wärz“, die „Schwäbische Tagwacht“ und die „Volksmacht“ in Bielefeld gestellt. Der Artikel der „Volksmacht“ war überschrieben: „Wie die Rosa Luxemburg in den Straßen Petersburgs“, ein Satz, welcher der Zeugnisaussage des Staatsanwalts Krause im Zabern-Prozess wörtlich entnommen war. Der Artikel war außerdem von dem Verfasser mit Namen unterzeichnet. Trotzdem stellt der Kriegsminister auch noch gegen den Redakteur Strafantrag! Der Verfasser ist wegen dieses Artikels bereits unter Anklage gestellt. Herr v. Falkenhayn scheint gegen die Kritiker des von ihm vertretenen Systems, nach dem Muster Bismarcks, ganz systematisch mit Strafanträgen vorgehen zu

wollen. Daß er Verurteilungen erzielen wird, ist keineswegs unumgänglich, denn wenn nicht anders, dann können die Richter schließlich in der Form des Urteils etwas finden, worauf sich eine Verurteilung stützen läßt. Der Kriegsminister soll aber nicht glauben, daß er damit die Kritik unterbinden kann. An der Tatsache, daß viele Soldaten gräßlich mißhandelt werden, ist doch nicht zu rütteln. Statt daß man die Ursachen der Kritik beseitigt, läßt man den Staatsanwalt auf die Kritik los. Das mag bequem sein, damit schaffst man aber die Soldatenmißhandlungen nicht aus der Welt. Daß etwa der Kriegsminister oder die Kommandostellen es wünschen oder billigen, daß Soldaten mißhandelt werden, das hat noch kein Mensch behauptet. Was kritisiert wurde, ist neben den Mißhandlungen selber die Tatsache, daß die Soldatenpeiniger nicht energisch genug gefast werden. Man soll einmal den Unteroffizieren kategorisch erklären, daß jeder von ihnen, der sich an einem Soldaten vergreift, degradiert wird, man soll dies auch im gegebenen Fall mit äußerster Strenge durchzuführen — die Soldatenmißhandlungen werden aufhören und damit erfüllt auch der Anlaß zur Kritik. Solange man sich dazu nicht entschließen kann, solange werden die Soldatenmißhandlungen anhalten und es ist geradezu eine Pflicht der anständigen Presse, dieses System mit aller Schärfe zu kritisieren. Die Strafanträge des Herrn von Falkenhayn ändern daran absolut nichts, sie beweisen nur, daß der Kriegsminister keine richtige Auffassung von den Aufgaben der unabhängigen Presse hat.

Das geheiligte Eigentum und der preussische Staat.

Die preussischen Behörden haben das in der Provinz Posen belegene, einem Polen gehörige, etwa 6500 Morgen große Rittergut Bolechow enteignet, weil es angeblich für Militärzwecke gebraucht wird. Die Enteignung erfolgte ohne Vorwissen des zurzeit auf Reisen befindlichen Besitzers.

Stendal-Niederburg.

Der Reichstagswahlkampf in Stendal-Niederburg hat, wie bereits berichtet, zu einer Stichwahl zwischen dem Konservativen Hoeßch und dem nationalliberalen Kandidaten Wachhorst de Wente geführt. Es erhielten Stimmen: Heims (Soz.) 6943, Wachhorst de Wente (Nal.) 7033, Hoeßch (Kon.) 12208 Stimmen; zerstreut waren 42 Stimmen. Gegenüber der Hauptwahl von 1912 hat nur der Konservative einen Erfolg zu buchen, während beide anderen Parteien einen Verlust erlitten haben, der sich bei den Nationalliberalen auf 1588 und bei den Sozialdemokraten auf 491 Stimmen beläuft. Demgegenüber beträgt die Zunahme der konservativen Stimmen 1696.

Ist das nun ein „Zug nach rechts“ oder nicht? Soweit die nationalliberale Partei in Frage kommt, ist hierauf mit einem unbedingten Ja zu antworten. Sie hatte ihren scharfmacherischen rechtsnationalliberalen Kandidaten von 1912, den Herrn Fuhrmann, abgelehnt, weil sie hoffte, mit dem etwas liberaler schimmernden Wachhorst de Wente eine größere Anzahl Stimmen von Bauern für sich gewinnen zu können. Die Hoffnung ist eine trügerische gewesen; es haben im Gegenteil die ganz rechtsstehenden nationalliberalen Elemente gleich im ersten Wahlgang dem Kandidaten ihrer Partei die Gefolgschaft versagt und sind zu dem Konservativen übergegangen, mit dem auch die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ schon zu Beginn des Wahlkampfes mehr oder weniger deutlich geliebäugelt hatte. Vermutlich haben auch nicht die Fortschrittler den von ihnen offiziell unterstützten Wachhorst de Wente geschlossen gewählt, weil er sich in seinen Wahlreden als ein ausgesprochener Hochschulgeldner entpuppt hatte. Die um 3775 Stimmen geringere Wahlbeteiligung gegenüber 1912 spricht dafür, daß mancher Fortschrittler auf die Ausübung seines Wahlrechtes verzichtet hat.

Berücksichtigt man zu alledem den skrupellosen Terrorismus der Agrarkonservativen, die selbst den Nationalliberalen die Versammlungstokale abtrieben und systematisch alle nationalliberalen Versammlungen zu sprengen trachteten, während andererseits die Sozialdemokraten noch mehr unter diesem Terror zu leiden hatten, so erklärt sich die Zunahme der konservativen Stimmen ebenso ohne Schwierigkeit wie die Abnahme der nationalliberalen Stimmen.

Was die Sozialdemokratie anbelangt, so kann von einem Mißerfolg ernstlich nicht die Rede sein. Gewiß ist es bedauerlich, wenn wir einen Stimmenrückgang registrieren müssen. Im vorliegenden Falle findet er seine angezwungene Erklärung aber in dem Umstande, daß zahlreiche Schiffer aus den Schifferdörfern des Kreises sich nicht an der Wahl beteiligen konnten, weil sie mit ihren Fahrzeugen unterwegs waren, was bei der Wahl im Winter 1912 nicht der Fall war. Es soll und darf allerdings nicht geleugnet werden, daß die sozialdemokratische Parteibewegung in der ganzen Altmark während der letzten Jahre in eine Art Stillstand geraten war; der Boden der beiden altmärkischen Kreise ist aber auch für die sozialdemokratische Agitation denkbar ungunstig und nur mit Mühe und Not ist es der Partei gelungen, in ihnen ein wenig festen Fuß zu fassen. Es fehlte und fehlt überall an Kräften, die sich in den Dienst der Partei stellen, jedoch der Stillstand begründet war. Das wird nun hoffentlich anders werden, nachdem mit dem 1. April dieses Jahres ein eigenes sozialdemokratisches Parteisekretariat für die Altmark mit dem Sitz in Stendal ins Leben getreten ist. Hätte es schon früher erreicht werden können, seine Wirksamkeit wäre bei der Nachwahl sicher schon deutlicher in der Erklärung getreten. Übrigens ist der Partei auch noch manche Stimme durch den Wegzug zahlreicher Arbeiter aus dem Kreise verloren gegangen, so daß zu einer Entschärfung über den Ausfall der Wahl keine Ursache vorliegt, ganz abgesehen von dem Umstande, daß die Parteien, die von vornherein keine Aussicht auf die Gewinnung des Mandats haben, bei Nachwahlen stets mit einem Stimmenverlust rechnen müssen.

Von der Haltung der Sozialdemokratie wird es nun zum guten Teil abhängen, wie die Stichwahl ausfallen wird. Entschärfen unsere Wähler sich der Stimme, so ist die Wahl des Konservativen sicher, während er gestürzt werden kann, sofern die Parole für Wachhorst de Wente ausgesprochen würde. Beide werden ja aber Wahrscheinlich-

keit nach einige Reservieren aufbringen können, aber im wesentlichen wird es doch auf die sozialdemokratischen Stimmen ankommen. Welche Parole von der Parteileitung ausgegeben wird, steht zur Stunde noch in den Sternen geschrieben. Soviel steht indessen fest, daß die Parole hieb- und stichfest sein wird.

Der Kompromißantrag zum Reichsbesoldungsgesetzentwurf.

Dem Reichstag ist am Sonnabend seitens der Nationalliberalen, der Fortschrittler und der Konservativen der Kompromißantrag zur Besoldungsvorlage zugegangen. Danach soll dem Gesetzentwurf ein § 8 hinzugefügt werden, der die Regierung verpflichtet, im Herbst 1915 einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den mit Wirkung vom 1. Januar 1916 die Bezüge der gehobenen Unterbeamten bei der Reichspost um mindestens 100 Mk. aufgebessert werden.

Außerdem wird eine Resolution beantragt, in der der Reichskanzler ersucht wird, auch die in den Beschlüssen des Reichstages zweiter Lesung ausgesprochenen, aber durch das vorliegende Gesetz und die Vorlage von 1915 noch nicht erledigten Forderungen möglichst durchzuführen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu dem Kompromißantrag:

„Wenn die verbündeten Regierungen sich bereit finden sollten, dem zuzustimmen, so würde dies im Interesse der in der Novelle bedachten Beamten geschehen, die bei Nichtzustandekommen der Vorlage auf nicht absehbare Zeit hinaus auf die ihnen zugeordneten Einkommensverbesserungen verzichten müßten. Andererseits ergibt sich allerdings aus der Sachlage, daß die in dem Antrag gewählte Fassung des Entwurfs auch das äußerste Maß dessen darstellen würde, was die Genehmigung der verbündeten Regierungen finden könnte, da diese den von ihnen bisher eingenommenen, in der Budgetkommission wie in der Volkserklärung des Reichstages wiederholt und bestimmt dargelegten Standpunkt nicht verlassen können.“

Aus dem bürokratisch verlaufeneren Kauderwelsch ins Deutsche überetzt heißt das, daß die Regierung dem Kompromiß zustimmt. Dagegen ist die Haltung des Zentrums noch sehr unsicher.

Nochmals der Fall Schleinitz.

Der frühere Schutztruppenkommandeur von Ostafrika, Hr. v. Schleinitz, hatte in der „Post“ der Zentrumsparlei den Vorwurf gemacht, er sei lediglich dem Einfluß dieser Partei zum Opfer gefallen. Das Material zu dem Feldzug gegen ihn (v. Schleinitz) im Reichstage könne der Zentrumsabgeordnete Erzberger nur durch den früheren Gouverneur v. Rechenberg erhalten haben.

Demgegenüber erklärt Abg. Erzberger in der „Germania“ es als eine „haltlose, wenn nicht gar dreiste Erfindung, zu behaupten, daß er sein Material von Rechenberg erhalten habe; weder direkt noch indirekt hat Hr. v. Rechenberg dem Abgeordneten Erzberger Material in dieser Sache gegeben.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bemerkt zu dem Fall Schleinitz: „Daß Hr. v. Schleinitz einer Zentrumsintrigue zu Ehren Rechenbergs zum Opfer gefallen ist, hat der Kolonialstaatssekretär selbst einem Abgeordneten gegenüber zugegeben. Er hat die Verabschiedung des Hrn. v. Schleinitz damit recht merkwürdig begründet, daß er von zwei Neben das Kleinere gewählt habe. Wenn er den Hrn. v. Schleinitz als Kommandeur weiter im Dienst belassen hätte, so würde zweifellos das Zentrum den Kolonialhaushaltsplan nicht glatt bewilligt, sondern schifflandige Streichungen durchgesetzt haben.“

Die Fortschrittliche Volkspartei

Nach dem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses bestehen in der Fortschrittspartei gegenwärtig 23 Landesverbände, 14 Bezirksverbände, 82 Kreiswahlvereine, 1587 Vereine und 151 Bezirks- oder Ortsgruppen. Dazu kommen noch 2 Frauenvereine und 43 Jugendvereine. Die dem Fortschritt angehörenden Arbeiter sind in 23 Arbeitervereinen und 66 Ortsgruppen des Reichsvereins der liberalen Arbeiter vereinigt. Nach dem Bericht zählt die Partei in all diesen Organisationen zusammen 240 000 Mitglieder. In der Programmfrage wurde ein Antrag angenommen, der es zurzeit nicht für angebracht hält, besondere Leitfäden für die einzelnen Berufsklassen (Handwerker-, Agrar- und Arbeiter-Politik) neben dem Programm aufzustellen.

Vom Wehrbeitrag.

Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, wird der Wehrbeitrag 1200 Millionen Mark bringen, also 200 Millionen Mark mehr, als angenommen worden war. Das Blatt behauptet, nach den ihm zugegangenen Informationen sei es völlig ausgeschlossen, daß das letzte Drittel des Wehrbeitrags eine Kürzung erfährt.

An der Spitze aller Regierungsbezirke steht mit dem Wehrbeitrag der Regierungsbezirk Düsseldorf, der 73 Millionen ausbringt. — Die Stadt Dortmund zahlt annähernd 4 Millionen Mark Wehrsteuer.

Ein Reichs-Einigungsamt.

Die „Tägl. Rundschau“ teilt mit, daß die Reichsleitung in eine Prüfung der Frage der Errichtung eines Reichs-Einigungsamtes eingetreten sei und geneigt scheine, den Wünschen des Reichstags in dieser Richtung zu entsprechen: Man gibt zu, daß die jetzt im Reichsamt des Innern zum Zwecke der Vermittlung zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehende Einrichtung ihren Aufgaben nur unvollkommen genügen kann. Allerdings liegen auch Bedenken vor, die Wünsche des Reichstags ohne weiteres zu erfüllen, da durch die Schaffung einer besonderen Einigungsbehörde der Staat selbst sich in den Mittelpunkt wirtschaftlicher Kämpfe stellen würde. Man ist daher bestrebt, eine Form zu finden, die eine Verantwortung der Regierung ausschließt. Wann die Vorschläge an den Reichstag gelangen werden, ist noch nicht abzusehen.

Die Krise in der Zündholzindustrie.

Im Reichsamt beschäftigt man sich gegenwärtig mit den Wünschen der Zündholzfabrikanten auf Einführung eines Zündholzmonopols. Die Fabrikanten ha-

ben dargelegt, daß der Verbrauch an Zündhölzern von 2200 Stück pro Kopf auf 1250 Stück gesunken sei. Mit einem weiteren Rückgang kann bestimmt gerechnet werden, weil neben einer raschen Verbreitung der Zündholzschnitzmittel auch das elektrische Licht immer mehr Eingang findet. Die Kosten der Verstaatlichung der jetzt bestehenden Fabriken werden auf 30—40 Millionen geschätzt. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wendet sich gegen den Monopolvorschlag, weil es nicht zu rechtfertigen wäre, eine so gefährdete Industrie in den Betrieb des Reiches zu übernehmen.

Gegenüber der Meldung, daß eine Vorlage über ein Zündwaren-Monopol vorbereitet werde, läßt die Regierung erklären, daß nicht die Absicht bestehe, ein solches Monopol einzuführen oder überhaupt an dem bestehenden Zustand etwas zu ändern.

Zu dem Prozeß gegen die Genossin Eugenburg

wegen einer in Freiburg (Baden) gehaltenen Rede, stellt die Freiburger „Volkswacht“ fest, daß der Satz: „In der deutschen Armee stehen Soldatenmißhandlungen auf der Tagesordnung“, nicht gesprochen wurde. Die „Volkswacht“ hat die Rede stenographisch aufschreiben lassen. Der Bericht, auf den sich der vom Kriegsminister gestellte Strafantrag stützt, kann nur von den Beamten des Freiburger Bezirksamtes stammen.

Glänzender Wahlsieg in Mülhausen i. Elß.

Bei der gestrigen Gemeinderatswahl der Stadt Mülhausen wurden 18 Sozialdemokraten gewählt. Die Partei hat damit 10 neue Mandate erobert. Eine Reihe von Nachwahlen sind noch erforderlich.

Mexiko.

Die Wirren. Das Auftauchen der Südrhebell in der Nähe der Stadt Mexiko zwingt Huerta zur Verstärkung der Sübdlinien auf Kosten der Verteidigung im Norden und bei Veracruz. In der Stadt Mexiko bereitet man sich auf die nahende Krise vor. Engländer, Deutsche und Österreicher haben sich im Fremdenviertel für den Fall einer Anarchie gerüstet. Aus Washington verlautet gerüchtweise, daß Präsident Wilson ein neues Ultimatum an Huerta vorbereitet. Der Grund hierfür ist die Ungewißheit über das Schicksal des amerikanischen Botschafters John R. Silliman, der angeblich trotz der gegenteiligen Mitteilung Huertas von dessen Truppen in Sanktillo gefangen gehalten wird, und das mysteriöse Verschwinden der amerikanischen Ordnungsmann Samuel Parks. Man vermutet, daß beide ermordet worden sind. Es heißt, Wilson verlange in seinem Ultimatum die sofortige Herausgabe der beiden Vermissten, tot oder lebend, innerhalb einer bestimmten Zeit.

Die Konstitutionalisten haben am Donnerstag Tuxpan eingenommen. Die 500 Mann starke Besatzung war den Aufständischen, die 2000 Mann stark waren, entgegengezogen, sie wurde überwältigt. Die Bundestruppen sind in die Berge geflohen. Nach einer Meldung des Insurgentengenerals Murgin bestehen die Insurgenten Monclave, die Bundestruppen sind aus der Garnison geflüchtet. Monclave war die letzte Stadt, wo die Bundestruppen die Eisenbahn besetzt hielten.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Neaport unterm 15. Mai: Nach Berichten aus Veracruz meuterten die Truppen Huertas am Donnerstag und erschossen die Offiziere, die sich weigerten, mitzumachen, dann zogen sie ab, um zu Zapata überzugehen, der 18 Meilen von der Stadt in einem Gefecht mit den mexikanischen Vorposten stehen soll. Man nimmt an, daß die meuternden Truppen Rurales oder andere irreguläre sind. Berichte aus derselben Quelle besagen, daß sich Huerta in wachsender Gefahr befindet, ermordet zu werden und daß jeden Augenblick eine Anarchie in der Hauptstadt ausbrechen kann.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 18. Mai.

Die Fehmarn-Linie besetzte am Sonnabend das Plenum des preussischen Abgeordnetenhauses. Die Budgetkommission hatte über die Petitionen, die den Bau dieser Linie forderten, Uebergang zur Tagesordnung beantragt, aus den Reihen der Nationalliberalen und des Zentrums war dagegen vorgeschlagen worden, diese Petitionen der Regierung als Material zu überweisen. Für diesen Vorschlag sprach sich auch Genosse Hentrich aus, der eine gründliche Prüfung der Frage für nötig hielt. Es müsse vielleicht mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß durch die Fehmarn-Linie wirtschaftliche Interessen Schleswig-Holsteins und speziell Kiels geschädigt werden. Sollten sich die von vielen befürchteten Schäden herausstellen, dann würden die Sozialdemokraten stets bereit sein, diese durch spätere Kompensationen auszugleichen. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, daß wir möglichst enge freundschaftliche Beziehungen mit den nordischen Reichen und vor allem mit dem stammverwandten und kulturell so hochstehenden dänischen Volke wünschen. Durch die Fehmarn-Linie könnten diese Beziehungen gefördert werden. Schließlich wurde aber der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Fünfundprozentige Fahrpreidermäßigung für Handwerker und Arbeiter zum Besuch der Werkbund-Ausstellung in Köln. Zur Förderung des Besuches der Werkbundausstellung in Köln durch Handwerker und Arbeiter hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten soeben Verfügungen erlassen. Danach sollen auf den Strecken der Preussisch-Preussischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen sämtliche in Handwerks- und Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter, sowie auch sonst in technischen Betrieben von Fabrikanten Angestellte mit einem Einkommen bis zu 2500 Mark bei Benutzung der fahrplanmäßigen Züge zum Besuch der Werkbundausstellung eine Ermäßigung um die Hälfte des gewöhnlichen Fahrpreises erhalten. In diese Vergünstigung sind auch alle selbstständigen Handwerkermeister eingeschlossen, die in ihrem Gewerbebetriebe nicht mehr als acht Gesellen beschäftigen. Dem Vorhaben der Preussisch-Preussischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen hat sich die Mecklenburgische Staatsbahn angeschlossen. Voraussichtlich werden die Verwaltung der Oldenburgischen, Sächsischen und der Bayerischen Staatsbahnen, soweit der Verkehr mit den preussischen Bahnen in Frage kommt, die gleichen Vergünstigungen gewähren. Davon, daß die Lübeck-Wüchener Bahn sich diesem Vorgehen anschließen will, verlautet nichts.

Der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine, dem auch der Lübecker Konsumverein und die Lübecker Genossenschaftsbänder angehören, hielt am 16. und 17. Mai in der „Philharmonie“ in Rostock seinen 29. Verbandstag ab. Am Sonnabend nachmittags eröffnete der Verbandsvorsitzende Genosse Schwedt-Harburg den Verbandstag mit herzlichem Begrüßungswort. Nach den üblichen Ansprachen und erfolgter Konstituierung erstattete Verbandssekretär Genosse Fiedt den Bericht über das Geschäftsjahr 1913. Redner gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in Mecklenburg. Gegenwärtig bestehen hier 20 Konsumvereine mit 63 Verkaufsstellen, wozu noch 3 Verkaufsstellen des Lübecker Konsumvereins in Mecklenburg kommen. Die Zahl der Genossenschaftler beträgt in Mecklenburg rund 15000. Als Hauptgegner der Genossenschaftsbewegung kommen jetzt im Ostpreußenlande die Großgrundbesitzer in Frage; dieselben gründeten Rabattvereine gegen die Konsumvereine. Das Jahr 1913 war für den Verband ein ruhiges. Der Gesamtumsatz stieg um 10 667 719 Mark auf 91 841 782 Mark bei 169 Konsumvereinen und 7 Produktgenossenschaften. Die Steigerung sei erklärlicherweise geringer als im Vorjahre. Daraus aber zu schlussfolgern, daß die Konsumvereine an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien, sei ein Trugschluß. An der Hand von Beispielen wies Redner nach, daß noch Ausdehnungsmöglichkeiten genug vorhanden sind. Die Eigenproduktion nimmt einen immer größeren Umfang an. 27 Vereine betreiben dieselbe. Der Verkaufswert der Eigenproduktion beträgt rund 25 Millionen Mark außer den von der G. E. G. selbst produzierten Waren. Die Händlerorganisationen verbreiten in verschiedenen Bezirken konsumvereinsfeindliche Blätter; das bedingt, daß das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ immer weiteren Eingang in den Vereinen finden müsse. Dasselbe wurde im Geschäftsjahr von 100 Vereinen in 138 893 Exemplaren bezogen. Ein Fortbildungsforschus, der gute Früchte zeitigte, fand in Lübeck statt. Die Zahl der Vereine im Verbandsgebiete betrug 169, außer 7 Produktgenossenschaften; die Zahl der Mitglieder stieg um 23 114 auf 290 206. Mit einer kräftigen Mahnung zur regen Weiterarbeit schloß Redner seine interessanten Ausführungen. Die Debatte gestaltete sich recht lebhaft; auf die erhobenen Einwände ging der Referent in seinem Schlußwort ein. — Den Bericht über die stattgehabten Revisionen erstattete Genosse Schmittinger. Redner gab ein Bild seiner Tätigkeit und unterbreitete dem Verbandstag eine Reihe Vorschläge und Wünsche. — Über die Grundsätze für die Einführung eines festen Rabatts referierte Genosse Kaufmann. Redner behandelte zunächst die steuerrechtliche Seite dieser Frage und ging dann zur Erörterung des Verhältnisses zwischen festem Rabatt und dem Referendons über. Ein hoher fester Rabatt sei unter allen Umständen zu verwerfen, da er dem Verein gefährlich werden könne. Die Zuwendungen zum Referendons seien nach dem Umsatz, nicht nach der Erübrigung zu bemessen, da sonst die Kapitalisierung der Vereine leide. Bei Einführung des festen Rabatts sei größte Vorsicht geboten; wo er dennoch eingeführt werde, sei vorher eine Verständigung mit den maßgebenden Instanzen geboten. Ein fester Rabatt sei nur in Konsumvereinen mit gesicherten Verhältnissen einzuführen. Derselbe dürfe 5 % nicht überschreiten. Die Spannung zwischen der Erübrigung und dem festen Rabatt müsse 2 % betragen. Von den 169 Genossenschaften im Verbandsgebiete haben 47 den festen Rabatt eingeführt. Die vom Referenten vorgeschlagenen Grundsätze wurden angenommen. Hierauf trat Vertagung auf Sonntag vormittag ein.

Am zweiten Verhandlungstag referierte Genosse Kaufmann über die Zusammenfassung des genossenschaftlichen Betriebskapitals und die Aufnahme und Anlegung von Hausanteilen und Spareinlagen. Redner erläuterte zunächst die Zusammenfassung des genossenschaftlichen Betriebskapitals, das aus den Geschäftsanteilen, den Reserven und Spezialreserven, den Hausanteilen und Obligationsanleihen, Spareinlagen und fremden Kapitalien in Form von Hypotheken, Kassen- und Lieferanten-schulden besteht. Das beste Kapital der Genossenschaften sind die Geschäftsanteile, das allerbeste sind die Reserven, denen besonderes Augenmerk zuwenden sei. Hausanteile und Spareinlagen seien kurzfristiges Kapital, das jederzeit zurückgezogen werden könne. Bei der Verwendung dieser Gelder sei größtmögliche Vorsicht geboten. Die Sparabteilungen seien geschaffen worden, um den Mitgliedern die Möglichkeit der Schaffung eines Notfonds zu geben; das sei ihr Hauptzweck. Die Verwendung der Spargelder im genossenschaftlichen Interesse komme erst in zweiter Linie. Soweit irgend möglich, müßten die eigenen Grundstücke mit 50 Prozent Hypotheken belastet werden. Das in laufenden Betriebe notwendige Kapital für Inventar, Maschinen usw. müsse möglichst aus eigenen Mitteln aufgebracht werden; nur wenn die nötigen eigenen Gelder vorhanden seien, solle man an die Errichtung neuer Betriebszweige denken. Um das zu erreichen, sei eine Stärkung des Referendons resp. die Gründung von Hausbau- und Produktionsfonds notwendig. Die Normen, die für einen kapitalistischen Betrieb maßgebend seien, könnten für uns nicht immer maßgebend sein; wir müssen weiter gehen. Große Abschreibungen seien dringend erforderlich; eventl. müsse zur Erhöhung der Geschäftsanteile geschritten werden, um die notwendige Kapitalbildung zu ermöglichen. Viel zu wenig Gewicht werde heute noch gelegt auf die Herausgabe von Hausanteilen. Dieselben seien langfristig und amortisierbar zu gestalten und entheben die Genossenschaften unter Umständen der größeren Verwendung von Spargeldern zu Bauzwecken. Unser genossenschaftliches Finanzgebäude müsse so gestaltet werden, daß wir jeden Möglichkeiten gewachsen seien. Der Zinsfuß der bei den Genossenschaften belegten Spargelder dürfe im Interesse der Genossenschaften nicht zu hoch sein; 3 1/2 Prozent sei im allgemeinen ein angemessener Satz. Zu empfehlen sei die Umwandlung eines Teiles der Spareinlagen in Obligationsanleihen, für die dann etwa 4 1/2 Prozent gewährt werden könnten, wenn die Spareinlagen nur mit 3 1/2 Prozent verzinst würden. Redner empfahl eine seine Ausführungen zusammenfassende Resolution. — Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 51 Vereinen mit 248 Delegierten. — Zur Beschäftigung des Genossenschaftstages in Bremen wurden sechs Vereine, denen 100 Mark Beihilfe aus der Verbandskasse gewährt werden, ausgelost. — Nach erfolgter Rechnungsablage für 1913 und Festsetzung des Voranschlags pro 1914 wurden die Wahlen vorgenommen. Zum Vorstandsmittglied wurde gewählt: Genosse Nolte-Hannover, zum Aufsichtsratsmitglied Genosse Wilschorn-Celle, zu Mitgliedern des Generalrats die Genossen Wente, Geiger, Frenzel und Sack, sowie zu Schiedsrichtern für die Lagerhaltergerichtsgerichte die vorge schlagenen Genossen gewählt. Der nächste Verbandstag findet in Hameln statt. Mit einem kräftigen Schlußwort fand die Tagung ihr Ende. — Alle Delegierten waren sich einig darin, daß das Tagungstotal, die „Philharmonie“, in dem am Sonnabend ein Kommer die Teilnehmer noch recht lange verweilte, eines der prächtigsten Etablissements ist, in denen jemals Arbeitertagungen stattfanden. Die Rostocker Arbeiterkassette, die das Lokal mit vieler Mühe erworben hat und dessen Erhaltung ebenfalls mit nicht unerheblichen Opfern verbunden ist, kann stolz sein auf dieses schönste Lokal Rostocks. Der freundliche große Saal, sowie die geräumigen und neuen Nebenräume fanden den angelegten Beifall aller Delegierten und mancher begte wohl den Wunsch, auch in seinem Orte recht bald ein solches stolze

Sein der Arbeiterschaft erstehen zu sehen. Hoffentlich tragen die Rostocker Arbeiter durch rege Inanspruchnahme ihres Lokals zum Blühen und Gedeihen desselben bei.

b. Dritte Strafkammer am 16. Mai. Billiges Gas! Mit einem blauen Auge kam die Ehefrau S. davon, die sich wegen Gasdiebstahls zu verantworten hatte. Durch Manipulationen an ihrem Gasautomaten brachte sie es fertig, nach und nach für über 15 Mk. Gas zu verbrauchen, ohne die nötigen Großenstücke dafür opfern zu müssen. Diese waren bei der Frau auch rar, da sie durch die Schuld ihres Mannes mit den Kindern in Not geraten war. Eine sinnreiche Vorrichtung am Apparat zeigt jedoch den Verbrauch des Gases an, selbst wenn dieser auf unlaute Weise ohne Entgelt geschieht, und so mußte auch für die Eingeklagte die Stunde der Entdeckung kommen. Da die Eingeklagte zur Vertuschung gewaltsam gemacht wurde, nahm der Erste Staatsanwalt qualifizierten Einbruchdiebstahl an und beantragte die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis. Der Mißbrauchsparagraph 870 des St.G.B., der Geldstrafe bei Entwendung geringfügiger Gegenstände zum alsbaldigen Verbrauch vorsieht, könne in diesem Falle nicht in Frage kommen. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt des angezogenen Paragraphen, verurteilte die Angeklagte zu einer verlängerten Strafe. Eine alte Frau wurde umlängst wegen Rupperei zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt. In ihrer Strafkassette hat sie gegen einen Beamten zweideutige Redensarten gebraucht, die sich auf ihr früheres Gewerbe bezogen, weshalb sie aufs neue mit ihrer 16jährigen Logierdame wegen Beleidigung angeklagt wurde. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß das Ganze nur ein dummer Scherz gegenüber einer Gefängniswärterin war. Jetzt wurde die bald 70jährige Frau zu weiteren zwei Monaten Gefängnis verurteilt, das mitangeklagte Mädchen freigesprochen.

Arbeiterreise. Als heute vormittag 11 1/2 Uhr Arbeiter auf der Rostocker Schiffsverke im Rostocker Hafen, die für die Außenhaut des Neubaus Nr. 227 verwendet werden sollte, mittels eines Wagens transportierten, traf die Platte den an der Stange tätigen Stenzer J. Ziel so unglücklich an der linken Wade, daß J. eine 6 Zentimeter lange Wunde davontrug; per Droschke mußte er nach seiner Wohnung befördert werden.

Größere Verkehrshörungen ereigneten sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr auf der Straßenbahnlinie Lübeck-Schwarta. In einem Straßenbahnwagen brach eine Achse, zwei andere Straßenbahnwagen gerieten aus dem Geleise. Dadurch wurde der ganze Fahrplan auf dieser Strecke über den Hauptaer geworfen und die Fahrzeit zwischen beiden Orten auf reichlich eine Stunde ausgedehnt. Bei den Fahrgästen herrschte darüber gerade keine freundliche Stimmung.

pb. Verhaftete Diebe. Ermittelt und festgenommen sind zwei hiesige Arbeiter, die in der Nacht zum Sonntag von mehreren Häusern der Stadt Regentumpfen abgebrochen haben und diese dann als altes Zinkblech bei einem Trödler zu verkaufen suchten.

Schiffsverluste im April. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind im April an Dampfern von 100 Brutto-Registertons und darüber 29 Dampfer mit 27 708 Brutto-Registertons und an Seglern von 50 Netto-Registertons und darüber 24 Segelschiffe mit 7507 Netto-Registertons vollständig verloren gegangen, gegen 25 Dampfer mit 20 933 Registertons und 35 Segelschiffe mit 12 588 Registertons im April vorigen Jahres. Von den Dampfern sind 10 gestrandet, 5 durch Kollision verloren gegangen, 6 durch Feuer zerstört, 3 verschollen und 5 gesunken. Von den Segelschiffen sind 8 gestrandet, 3 durch Zusammenstoß verlorengegangen, 2 durch Feuer zerstört, 1 ist gesunken, 6 sind gesunken, 1 ist verlassen und 3 sind tonneniert worden. Unter den verlorenen Dampfern befinden sich drei deutsche, und zwar der deutsche Fischdampfer „Lambert“, der am 19. März während des Fischfanges bei Island in der Fage Bai gestrandet ist, der deutsche Fischdampfer „Ostium“, der an der Südküste von Island gestrandet ist, und der 2400 Registertons große Dampfer „Siegfried“, der von Oran mit Eisenz nach Stettin unterwegs, bei Ceuta auf Felsen gestoßen und gesunken ist. Unter den verlorenen Segelschiffen befinden sich zwei deutsche, nämlich der Segler „Johanne“, von Hamburg nach Mos bestimmt, der bei Stettinstrand auf Grund gesteht und dann tonneniert wurde, und der deutsche Segler „Seebund“, von Emden nach Sibirien bestimmt und beim Wejer-Feuerschiff leck gesprungen und gesunken. Außer diesen Totalverlusten hatten im April noch 396 Dampfer und 75 Segelschiffe Havarien, gegen 414 Dampfer und 105 Segelschiffe im April 1913.

w. Rensfeld. Gemeinderatssitzung. In der am Sonnabend stattgefundenen Gemeinderatssitzung wurden 63 000 Mk. zum Schulneubau mit Inventar und Landankauf bewilligt, welche in 55 Jahren zu tilgen sind. Wieder konnte man sehen, daß einigen Herren von der Rechten dieser der Neuzeit entsprechende Bau etwas zu viel war; es sind ja auch nur Arbeiterkinder, die ruhig in gänzlich unzulänglichen Räumen weiter unterrichtet werden könnten. Für einen Antrag des Luftflottenvereins um eine kleine Spende zeigten die Herren mehr Vorliebe, aber Dank der Mehrheit der Arbeiter wurde dieses Ansinnen zurückgewiesen. Genosse W. Staat wurde als Mitglied und R. Siebühr als Ersatzmann in den Landesausschuß gewählt. Denjenigen, die bis zum 10. Juni sich bereit erklären, elektrischen Strom zu nehmen, wird die Leitung bis zum Zähler, jedoch höchstens fünf Meter, im Hause freigelegt. Aber alle nach dem 10. Juni gestellten Anträge behält sich der Gemeinderat die Beschlußfassung vor. Die Grandlieferung vom Groß-Pariner Berg bis Klein-Parin — die Fuhr für 4 30 Mk. und von Klein-Parin bis Bönsdorf für 4 00 Mk. — wurde Paulsen, Groß-Parin, übergeben. Die Grandanfuhr von Rensfeld bis Bönsdorf wurde Fuhrmann Jürgen für 1 70 Mk. übertragen. Hierauf wurde beschlossen, die Regierung nachmals zu ersuchen, die Tilgungsfrist der Anleihe zu den Chauffeebauten von 30 Jahren zu genehmigen. Zum Schluß wurden noch einige Armen- und Steuersachen erledigt.

Ratelan. Die Bannerweihe des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Frisch auf“ nahm einen prächtigen Verlauf. Als Ehrengäste waren erschienen die Brudervereine von Schwarta, Seereg, Groß-Parin, Timmendorf, Fackenburg, Lübeck, Rüdow, Schlutup, Moisting, Ahrens- böt, Neuland t. O. und Seimdsdorf, die sich auch sämtlich an der Korsofahrt durch den festlich geschmückten Ort beteiligten. Vorher fand der Weiheakt auf dem Brink statt. Genosse Brömme-Lübeck hielt die Weiherede, während welcher das neue Banner enthüllt wurde. Der Redner verurteilte und ironisierte auch die Versuche der preußischen Polizei, auch die Arbeiter-Radfahrer-Ortsgruppen zu politischen Vereinen stampeln zu wollen. Seine Ausführungen fanden lebhaftesten Beifall. Nach der Korsofahrt fand Ball in den Lokalen „Fürst Blücher“ und „Zum Landhaus“ statt. Das Fest war vom herrlichsten Wetter begünstigt.

Cutin. Gemeinderatssitzung. In der am 15. Mai abgehaltenen Gemeinderatssitzung wurden die Wahlen zum Landesausschuß vorgenommen. Als Mitglieder wurden gewählt: Bürgermeister Mahstedt, Stadtverordnetenvor-

steher Krüskjeld, Magistratsherr Florst und Stadtverordnete Klood. Als Ersatzmänner Schabe, Weiß, Dr. Janus und Köhler. Vom 6.—8. Juni wollen die Männer- und Junglingsvereine von Schleswig-Holstein hier einen Verbandstag abhalten, und da es den Männern und Junglingen an Geld gebricht, so wollen sie von der Stadt ein paar Märker haben. Daß die Männer richtig spekuliert hatten, zeigte die Tatsache, daß ihnen nach einigem Hin und Her 100 Mark bewilligt wurden und zwar mit der Motivierung, daß dadurch der Fremdenverkehr gehoben würde. Ob die Arbeiterkassette auch wohl so offene Hände findet? Gegen das Verlangen des Landesverbandes, der die Straßen der Stadt, soweit sie vom Landesverband in Ordnung gehalten werden, vom 1. Juli ab mit Elektrizität versorgen will, hat der Magistrat Beschlüsse beim Staatsministerium eingelegt. Der Gemeinderat gab hierzu seine Zustimmung. Einer Eingabe der Tischhaukommission, die Stadt möge einen Ehrenpreis bewilligen, wurde entsprochen, 50 Mark wurden bewilligt. Ein Gesuch der Buchdrucker ihnen eine Beihilfe zum Besuch der „Bugra“ in Leipzig zu gewähren, wurde abgelehnt. Als Grund führten die Stadtäter an, daß sie zwar wohlwollend dem Antrage gegenüberstünden, aber es nicht Sache der Stadt wäre, Gelder zu dieser Reise zu bewilligen. Nur der Hinweis, sich an die Regierung zu wenden, war für die Buchdrucker übrig. Der Preis für die Jahresfischereiarbeiten wurde von 25 auf 20 Mark ermäßigt. Alsdann wurden die einzelnen Preise für die Benutzung der Badeanstalt nach dem Vorschlage der Badekommission angenommen. Erwähnt sei noch, daß der Preis der Einzelbäder für Erwachsene 30 s., und 25 s. für Kinder zu hoch ist; denn für jedes einzelne Bad kommen noch 10 s. Jährergeld hinzu, so daß der Preis in Wirklichkeit 40 und 35 s. beträgt. Allerdings sagte Rebenstorff, wenn es zu viel ist, der möge nach der Freibadeanstalt gehen! 20 resp. 25 s. wären vollständig ausreichend für ein Bad gewesen. Wir möchten hierbei die bescheidene Frage an den Magistrat richten: Wird in der Freibadeanstalt auch ein Wärter angestellt, oder will man die Kinder, welche dort baden, ohne Beaufsichtigung lassen? Die Gefahr ist vorhanden, daß hier leicht jemand ertrinken kann. Die Gasautomaten, welche im vorigen Jahre eingeführt wurden, haben sich glänzend bewährt. Obwohl schon 4000 Mark dazu bewilligt waren, reichte diese Summe doch nicht aus, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Weitere 1200 Mark zur Anschaffung neuer Automaten wurden noch bewilligt.

Mona. Mordversuch und Selbstmord. Der 28 Jahre alte Schmied Ernst Hoppe aus der Scheel-Wiesens-Strasse hatte seit einem Jahre ein Verhältnis mit der 21 Jahre alten Emma Born, die vor kurzem das Verhältnis aufhob. Sonnabend früh traf er das Mädchen in der Besamfelder-Strasse und feuerte ohne weiteres zwei Revolverkugeln auf sie ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Darauf tötete er sich selbst durch einen Revolververstoß in die Schläfe.

Neumünster. Schwere Autounfall. In der Nacht zum Freitag versuchte der Kieler Chauffeur Haberecht, einem Kraftwagen auszuweichen, der in der Nähe von Neumünster auf der Altonaer Chaussee ohne Licht die linke Seite befuhr. Das von Haberecht bediente Auto wurde gegen zwei Bäume und einen Chauffeeisen geschleudert, wobei es zertrümmert wurde, während der zu Boden geworfene Chauffeur erhebliche Bein- und Kopfverletzungen davontrug und erst am Morgen in der Frühe aufgefunden und fortgeschafft wurde.

Kiel. Verschlechterung der Städteordnung für Schleswig-Holstein. Die Gemeindefunktion des preußischen Abgeordnetenhauses behandelte Freitag Petitionen, unter anderem auch eine Petition, betreffend die Frage der Einführung der östlichen Städteordnung in Schleswig-Holstein. Eine frühere Petition für deren Einführung war vor einiger Zeit der Regierung zur Erörterung überwiesen worden. Die jetzige Petition, sowohl diejenige für als diejenige wider die Einführung, beschloß die Kommission, der Staatsregierung als Material für diese Erörterung zu überweisen. Natürlich wird die preußische Regierung sehr gern „erwägen“, denn das in den schleswig-holsteinischen Städten geltende Wahlrecht gibt trotz Zensus- und Bezirksgeometrie immer die theoretische Möglichkeit einer Majorität von sozialdemokratischen Stadverordneten. Diese Möglichkeiten zu beseitigen, liegt aber in der Linie der Politik, die für Preußen maßgebend ist.

Rensburg. Entsetzlicher Unglücksfall. Unter eine glühende Platte geriet der 22jährige Arbeiter Clausen im Schacht Ludorf, als er damit beschäftigt war, Holzreife unter eine aus der Walze kommende Stahlplatte zu werfen. Hierbei glitt er aus und geriet unter die Platte, die ein Gewicht von 5000 Pfund hatte, so daß ein Teil der Platte auf ihn fiel und ihn schrecklich zürichtete. An dem Aufkommen wird gezweifelt.

Rehove. Ertrunken. Als der 16jährige Hausdiener, Kramhödt des Gastwirts Förber in Heiligengraben die Leiter des Motorboots an der Anlegestelle angründen wollte, fiel er über Bord in die Stör und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Teterow. Denkmalsentheilung in Teterow. Den braven Teterowern sagt man bekanntlich nach, daß ihre dieberischen Vorfahren einst einen gefangenen Fecht zum Tode des Ertrinkens verurteilten. Am Sonntag soll nun ein neuer Marzbrunnen enthüllt werden, bei dem diese heitere Geschichte erinnert. Das Denkmal stammt von dem bekannten mecklenburgischen Bildhauer Professor Wilhelm Wandtschneider, Charlottenburg. Auf dem gre-itnen Unterbau steht eine 120 Zentner schwere und drei Meter im Durchmesser große Platte, ebenfalls aus Granit, die zu einem Wasserbehälter ausgemeißelt ist. Ueber diesem erhebt sich der Knabe mit dem Hecht. Der Stein stammt aus den Brüchen Bagerus. Auf dem Brunnen steht folgende Inschrift von Paul Warncke: Weß Lüüd jünd klauf, un wed jünd daesig, Un wed, de jünd wat aewernaesig. — Lat sei spjödten, Rinnings, la't: De Klood hett lüürt, dei Hett is fat't.

Lehe. Wieder eine staatsgefährliche rote Kranzschleife. Ein Genosse in Lehe wurde, weil er bei einer Beerdigung das Tragen eines mit roter Schleife versehenen Kranzes geduldet hatte, als Verursacher eines nicht genehmigten öffentlichen Aufzuges zur Verantwortung gezogen. Das Verhör Schöffengericht verurteilte den Genossen zu 10 Mk. Geldstrafe.

Bremervahren. Verurteilter Verwundeter. Am Donnerstag, 14. Mai, hatte sich der vranantliche Rebalteur der Bremervahener „Volksstimme“, Genosse Jette, vor dem Schöffengericht Bremervahren wegen Beleidigung des Regierungsbaufsekretärs Heinze zu verantworten. Mit angeklagt war auch der Vertrauensmann des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, der Genosse Denf. Die Beleidigung soll in drei Artikeln enthalten sein, die in der „Volksstimme“ veröffentlicht wurden. Genosse Jette wurde zu 130 Mk. und Denf zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinden“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: J. H. Schwark, Druck: J. H. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Eisenbier

8985

Verkauf lebender Buft
vom Boof aus (3920)
am Dienstag, dem 19. Mai
vormittags von 8 Uhr ab an der
Hoffenbrücke,
Eufiner Brücke,
Hügfertorbrücke
und
Mühlenforbrücke.

Danksagung.

Für die so überaus große herz-
liche Teilnahme und reichen Kranz-
spenden beim Beimgange meines
lieben unvergesslichen Mannes,
unseres guten Vaters sprechen wir
allen Beteiligten, sowie Herrn Haupt-
pastor Lütge für seine tröstlichen
Worte, dem Sozialdemokratischen
Verein, dem Transportarbeiter-
Verband, dem Chöreverein, dem
Personal sowie der Firma Friedr.
Meyer & Co. unsern innigsten
Dank aus. (3922)

Friederike Wichmann
geb. Gasperke
und Kinder.

Suche für meine 15jährige
Tochter Stellung, am liebsten nach
dem Lande, in der Nähe bei Lübeck
(3919) Fischergrube 28 S.

**Mehrere Maler und
Anstreicher gesucht**
für Eisenkonstruktion
Hansastraße 29 a.
(3926)

Guterhalt. Panamahut
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis
unter H H 160 a. d. Exp. d. Bl.
I Kinderklappstuhl u. I gepolst.
Sitzstuhl für Sit- u. Liegewagen
zu verkaufen.
(3927) Kanalstraße 22, II. r.

1 Schülergeige mit Kasten
zu verkaufen
(3925) Sandstraße 28.

Eine feststehende Glucke
zu verkaufen
(3931) Feldstraße 20, natl.
Zapfe für Hausstandslampen per
Kilo 8 Pfg. Bitte Vorhant. (3932)
E. Lunau, SL Grövelarube 12, I.

Schillers Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Stilles Kopf und Bein
Schrippen per Pfd. von 20. g. an
Gibben, frische . . . per Pfd. 45. g.
Dicke Flomen . . . per Pfd. 60. g.
H. Schmalz h. Hon. v. 2 Pfd. a 60. g.
Schweinefleisch, Bratenstücke 65. g.
Dicke Rippen . . . per Pfd. 65. g.
Karl Lahrtz, Wöhrerstraße
11-16.
vorn. M. Lahrtz. (3933)

**Messer
&
Waffen** (3921)
in reicher Auswahl
zu sehr billigen Preisen im
Messer & Waffen-Haus
Jesschau, Lübeck, Preile Str. 27.

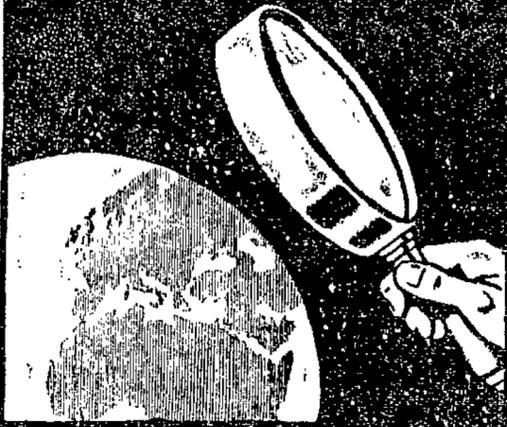
Heines Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Eisenbier 8986

Unterhaltend

Billigen und guten
Lesestoff für jede Fa-
mille bietet der Kos-
mos. Für den geringen
Jahres-Beitrag von
nur M4.80

werden kostenlos ge-
liefert:
12 Monatshefte
5 gute Bücher
erster Fachmänner. Im
Jahre 1914: Bölsche,
Tierwanderungen in
d. Urwelt; Floericke,
Meeresfische; Lip-
schütz, Warum wir
sterben; Kahn, Die
Milchstrasse; Nagel,
Die Romanik der
Chemie



KOSMOS

Belebend

Über 1000 Seiten Text
mit viel. Abbildungen.
Nur die grosse Zahl
der Mitglieder — Ende
des Jahres 1913 weit

über
100 000

ermöglicht diese bei-
spiellosen Leistungen.
Treten Sie sofort bei
oder verlangen Sie
Prospekt bzw. Probe-
heft bei Ihrer Buch-
handlung oder der
Geschäftsstelle des
Kosmos / Stuttgart
Pflizerstrasse 5



**Vereinigte
Butterhändler**
von Lübeck
und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.30** Mk. (3923)

**Carl Folkers
Möbelmagazin**
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
40) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gabe rote Lubeca-Rabattmarken.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

**Neue, bestgerinnigte
Bettfedern**
Damen,
jederdicke, echtfarbene
Jaletts; fertige Betten.
Die richtige Bezugsquelle für
diese Vertrauensartikel ist das
Geschäft von (940)
Herm. Kampff
früher Gebr. Barg
Lübeck Lauenburg a. E.
Kohlmarkt 5. Elbstraße 91/93.
Das Geschäft besteht in Lauen-
burg über 50 Jahre.

Goethes Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Mittrichs & Co., Johannisstr. 1
Spez.-Abt. Trauerkleidung 2296

Bebel - Büsten

Modelliert von
Bildhauer Obst, Charlottenburg.

Stück 2.50 Mk.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Ansichts - Karten
empfehlen die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiterverband!

Zweigverein Lübeck.

Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, dem 20. Mai 1914

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Unser Tarifvertrag und die hierüber stattgefundenen Verhandlungen vor dem Schiedsgericht.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist recht zahlreiches Erscheinen notwendig.

(3924)

Der Vorstand.

NB. Zu dieser Versammlung werden alle Kollegen vom Bau des Konversationshauses in Travemünde eingeladen.

Am Dienstag, dem 19. Mai, findet die Zusammenkunft der Jugend statt. Da am 21. Mai der Ausflug stattfindet, ist auch hier vollzähliges Erscheinen notwendig.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder - Versammlung

am Dienstag, dem 19. Mai 1914

abends 8 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom Festkomitee.
3. Stellungnahme zu den gestellten Anträgen zum Verbandsstag.
4. Verschiedenes.

(3927)

Der Vorstand.

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.

S. D.

Eisenbier

8985

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten,
Johannisstraße 46.

Akademischer Unterricht
in der Damenschneiderei, Maß-
nehmen, Musterzeichnen und Zu-
schneiden sämtlicher Damen- und
Kindergarderoben, 6 wöchentlich
kursus 20 Mk.
Frau K. Baisch, Damenschneider,
meister, (3930)
Große Burgstraße 42, III.

Schwartau.
Mittwoch abend, den 20. Mai
Jugendveranstaltung
Befahrung d. Bängiffour.
Sämtliche müssen erscheinen.
(3935) Der Jugendleiter.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirksversammlung
für die
Mitglieder der Warenabgabestelle
Elswigstraße
am Dienstag, dem 19. Mai 1914,
abends 8 1/2 Uhr
im Restaurant „Weißer Engel“.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Bericht des
Genossenschaftsrats.
2. Genossenschaftliches.
Um zahlreichen Besuch der Mit-
glieder und deren Frauen bittet
(3856) Der Vorstand.

Stadthallen-Sommertheater.
Montag, den 18. Mai,
Anfang 8 1/4 Uhr:

Erster Schwankabend. Zugkräf-
tiges Repertoirestück des Ham-
burger Thalia-Theaters.

Novität! Novität!
Der ungetreue Eckehart

Schwank in 3 Akten v. Hans Sturm,
Dienstag, den 19. Mai 1914,
abends 8 1/4 Uhr:

Zum dritten Male:
Wenn der Frühling kommt.

Von Jean Gilbert.
Mittwoch, den 20. Mai,
Anfang 8 1/4 Uhr:

Auftreten von Direktor
Victor Horwitz:
Der Rastelbinder.

Operette von Lehar.
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung **Otto Borchert.**
Musikalienhandlg. **F. W. Kaibel,**
Rudolph Karstadt.

Dutzendkarten haben zu allen Vor-
stellungen Gültigkeit. (3826)

Sommertheater
in Fritz Rittschers Hansatheater.

Dir. Ernst Albert.
Dienstag, den 19. Mai:
Die gegenwärtig beste Lustspiel-
novität

Majolika

von Leo Walter Stein u. E. Heller.
Mittwoch, den 20. Mai

Der urkomische Schwank v. Laufs:
Ein toller Einfall.

Bonnerstag, den 21. Mai:
Die am Sonntag mit durchschla-
gendem Erfolg gegebene Posse,
Rin ins Vergnügen.

Anfang stets 8 1/4 Uhr.
Tiefgefühlten innigen Dank spreche
ich hiermit aus für den herzlichen
aufrichtigen Empfang den mir mein
liebes Lübeck am Sonntag wieder
bereitet hat. (3925)

Ernst Albert.

Eisenbier 8985

Liberalismus und Sozialdemokratie im russischen Verfassungskampf.

Das Echo, das die kürzlich Ereignisse in der Duma und der Ausschluß der Sozialdemokratie und der „Arbeitsgruppe“ im ganzen Reiche gefunden haben, zeigt in eindringlicher Weise, daß die bedeutungsvollen Vorgänge in der Duma in engem Zusammenhang stehen mit tiefen gehenden Wandlungen und Verschiebungen im gesellschaftlichen Leben Rußlands. Noch vor 1—2 Jahren wäre es kaum denkbar gewesen, daß das Attentat der Regierung gegen die kümmerlichen Reste der Verfassung und seine Abwehr durch die äußerste Linke einen starken Widerhall im Lande gefunden hätten. Und heute erhalten die aus der Duma ausgeschlossenen Arbeiter- und Bauernabgeordneten täglich Hunderte von Sympathieerklärungen aus allen Ecken des Reiches, in denen das mutige Vorgehen der äußersten Linken gefeiert und das schmachvolle Versagen der liberalen Parteien mit scharfen Worten verurteilt wird. Es ist nicht allein die Arbeiterklasse und die studierende Jugend, die das Vorgehen der äußersten Linken als die einzige richtige Antwort auf das Attentat der Regierung anerkennen; auch breite Kreise des Bürgertums betrachten die Obstruktion der äußersten Linken als eine befreiende Tat, die die stickige Luft des russischen Schandparlaments gereinigt und die Klärung der politischen Lage gefördert hat.

Von diesem Gesichtspunkt aus gewinnen die parteipolitischen Wandlungen die im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen in der Duma in die Erscheinung treten, ein ganz besonderes Interesse. Die immer weiter umschlingende Unzufriedenheit im Lande, die einstimmige Konserervative zu dem Bekenntnis zwingt, das Rußland heute auf einem Vulkan sitze, hat in Verbindung mit der aufklärenden, organisierenden Arbeit der Sozialdemokratie und der machtvollen Bewegung des Proletariats dahin geführt, daß die Parteien des städtischen Bürgertums, die Progressisten und die Kadetten, aus ihrer Erstarrung zu erwachen begannen. Die jüngsten Ereignisse in der Duma waren auch für diese Parteien ein politisches Examen. Unter dem Eindruck des Attentats gegen die Immunität und die Redefreiheit der Abgeordneten folgten sie der Anregung der sozialdemokratischen Fraktion und verlangten zusammen mit der äußersten Linken den Ausschluß der Budgetdebatte bis die Anstandbarkeit der Abgeordneten gesetzlich sicher gestellt sein würde. Aber schon beim zweiten Schritt zeigte der Liberalismus seinen feigen, verräterischen Charakter. Als der Duma-Vizepräsident den Ausschluß der äußersten Linken verlangte, wuschen die Kadetten ihre Hände in Unschuld und enthielten sich — laut einem vorher gefaßten Beschlusse — der Abstimmung, während die Progressisten mit einzelnen Ausnahmen für den Ausschluß der Sozialdemokraten und Arbeitsgruppier stimmten. Diese Selbstentmanung des Liberalismus rief eine solche Entrüstung wach, daß sogar bürgerliche Blätter die Kadetten und Progressisten als „Verräter der Minderheit in der Duma“ bezeichneten. Das Kiower Bezirkskomitee der Kadettenpartei faßte einen Beschluß, in dem es sein Bedauern über die Haltung der Dumafraktion ausdrückt und die Forderung aufstellt, daß die Kadettenfraktion auch in dem Falle vereint mit der äußersten Linken hätte vorgehen müssen, wenn sie die Obstruktion für sich nicht als obligatorisch betrachtete. Der Ausschluß daran spricht das Komitee, eine der ein-

schneidenden Provinzorganisationen der Kadettenpartei, die Erwartung aus, daß die Kadettenfraktion selbst vor den äußersten Mitteln, auch von der Obstruktion nicht zurückzuschrecken werde, um das Budget in der Duma zu verweigern!

Dieser Beschluß der Kiower Kadetten führt uns mitten hinein in das Problem der Budgetverweigerung, das zurzeit in Rußland auf der Tagesordnung steht. Schon vor dem jüngsten reaktionären Anschlag der Regierung gewann der Gedanke der Budgetverweigerung in den liberalen Kreisen immer mehr Anhang. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß die Kadetten und Progressisten nach Schluß der Generaldebatte geschlossen gegen den Uebergang zur Spezialberatung des Budgets stimmten. Die Kadetten hatten folgende Uebergangsformel eingebracht: „Aus Rücksicht: 1. daß eine Reihe von Attentaten auf die Grundrechte der Volksvertretung — auf das Interpellationsrecht, auf das Recht der gesetzgebenden Initiative und endlich auf die Immunität und Redefreiheit der Abgeordneten auf einen bestimmten politischen Plan hinweisen, der von der Regierung konsequent durchgeführt wird; 2. daß die Regierung mit den Parteien des Staatsreichs ein offenes Bündnis geschlossen hat; 3. daß eine solche Politik das Reich mit Erschütterungen gefährlich werden können, lehnt die Reichsduma den Uebergang zur Spezialdebatte über das Staatsbudget ab und geht zur Tagesordnung über.“ Diese Uebergangsformel wurde zwar nicht zur Abstimmung gestellt. Aber gegen den von den Regierungsparteien eingebrachten gegnerischen Antrag stimmten 72 Kadetten und Progressisten, während die Regierungsmehrheit sich nur auf 166 Stimmen bezifferte. Wäre die äußerste Linke nicht gewaltiam aus der Duma entfernt worden, so hätte die Lösung der Budgetverweigerung etwa 100 Stimmen oder fast 2/3 der Kammer auf sich vereinigt.

Es genügt, auf die Haltung des russischen Liberalismus zur Frage der Budgetverweigerung in früheren Jahren hinzuweisen, um das Bedeutungsvolle und Symptomatische dieser Abstimmung zu erkennen. Noch vor 7 Jahren, als die Kadetten in der zweiten Duma ihre Position durch Schachern und Zeitfischen mit der Regierung zu retten suchten, richteten sie die heftigsten Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion, die sich klipp und klar auf den Boden der Budgetverweigerung stellte. Heute sind nicht nur die Kadetten, sondern auch ihre rechten Nachbarn, die Progressisten, bei der Lösung angelangt, die sie bisher als verderblich geächtet haben. Allerdings gehen die Liberalen — wie übrigens auch die radikalen Bauernabgeordneten in der „Arbeitsgruppe“ — von andern Voraussetzungen aus, wie die Sozialdemokraten, die nicht nur der heutigen Regierung, sondern dem Klassenstaate überhaupt die Mittel verweigern. Aber allein die Tatsache, daß die bürgerliche Opposition, wenn auch zögernd und unentschlossen und jederzeit zum Rückzug bereit, sich auf den Boden der proletarischen Kampftaktik zu stellen beginnt, kann als großer politischer Erfolg der Sozialdemokratie gebucht werden, die in den schwersten Jahren der Reaktion, nur auf ihre eigene Kraft angewiesen, ihren konsequenten Kampf führte und es nun doch erreicht hat, daß der bleierne Druck der Konterrevolution zerstört ist und wieder neue Kolonnen in den Kampf ziehen.

Die Wirkung der Papierzölle des Zolltarifs 1902.

Die Papierindustrie hat im Laufe eines halben Jahrhunderts einen großartigen, fast verblüffenden Aufschwung genommen. Solange man darauf angewiesen war, Papier aus Lumpen herzustellen, blieb die Produktion beschränkt, sie konnte erst erweitert werden, als es dem sächsischen Weber Friedrich Gottlob Keller aus Hainichen gelang, Fichtenholz zur Papierherzeugung zu verwenden. Damit war ein Rohstoff gefunden, der in ungleich größeren Mengen vorhanden war als Lumpen, und deshalb eine Produktion auf breiterer Grundlage erlaubte. Angeregt wurde die Industrie durch den rasch wachsenden Bedarf. Unter den vielen Beinamen, die unsere Zeit erhalten hat, findet sich wohl auch der einer Bücher und Zeitungen produzierenden Zeit. Im Jahre 1850 betrug der Verbrauch von Papier, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, in Deutschland 1,6, im Jahre 1878 5,6 und im Jahre 1910 24,77 Kilogramm. Die sächsische Fabrik Kriebler u. Niethammer produzierte Druckpapier in Doppelzetteln: 1856 — 171 622, 1905 — 25 316 078.

Schon vor dem neuen Zolltarife hatten die bestehenden Zölle eine automatische Erhöhung erfahren. Der Wert des Papiers war so gesunken, daß ein Zentner 1900 im Verhältnis zu dem Werte höher verzollt wurde als 1880. Trotzdem begnügten sich die papiererzeugenden Industriellen mit den vor 1902 geltenden Zollätzen nicht. Sie verlangten, sehr zum Verdruss der papierverarbeitenden Industrie, Zollerhöhungen. Die Stellung der einzelnen Zweige der Papierindustrie zueinander, die Wirkung der im Generaltarif von 1902 neu eingeschickten Zölle auf die weiterverarbeitende Industrie, schildert eine in den Münchener Volkswirtschaftlichen Studien herausgekommene Schrift von Dr. Alfred Hoppe, „Zur Geschichte und Beurteilung der Papierzölle im Zolltarif von 1902.“ Ihr Wert liegt in der umfassenden Darstellung aller Einzelheiten; sie erlaubt einen Einblick in die Wirkung der „bewährten Wirtschaftspolitik“ auf die weiterverarbeitende Industrie, einen Einblick, der vor allem mit Rücksicht auf das große Arbeitslosigkeitsvermögen der Veredelungsindustrie von großem Interesse ist.

Durch die Zölle von 1902 wurden nicht allein die Papierverarbeiter getroffen, sondern auch die papiererzeugenden Industriellen. Ihnen wurde dadurch der Rohstoff ebenso wie der Holzschliff und der Zellstoff verteuert. Aber sie ertrugen diesen Nachteil mit himmlischer Geduld, denn sie erkauften damit die Zustimmung anderer Interessenten zu einer Erhöhung des Zolles auf ihr Produkt, nämlich die auf verschiedenartige Papierarten. Die Papierverarbeiter waren schließlich am schwersten betroffen, also Zeitungen und andere papierverarbeitende Industrien. Es setzte denn auch eine sehr lebhafteste Protestbewegung ein. Sie war um so lebhafter, als den Zeitungen durch eine Haufe in Druckpapier während der Jahre 1899 und 1900, die noch durch die Bildung eines Druckpapier Syndikats verschärft wurde, das Papier stark verteuert worden war und die übrige papierverarbeitende Industrie durch eine Erhöhung der Produktionskosten ihre Stellung am Weltmarkt gefährdet glaubte. Diese Furcht stützte sich auf die Tatsache, daß diese Industrie im Jahre 1898 ungefähr 15 Prozent ihrer Produkte ausführte.

Die Bedrohung der Rentabilität der Zeitungen war so groß, daß eine Reihe hochschulzöllnerischer Zeitun-

Fürstin Pauline.

Man aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Salias. Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(45. Fortsetzung.) Nachdruck verboten. „Ja, natürlich... wir müssen fliehen. Auch die Verbrecher entfliehen, und man findet sie nicht sofort. Tene bitten kein Geld, und uns stehen große Summen zur Verfügung. Wir könnten uns ein Schiff kaufen und nach Schweden entfliehen. Ach, wenn es nur nicht Winter wäre!“

Milowanow blieb lange fort, und Pauline wurde unruhig. Zum ersten Male seit ihrer Verheiratung wurde sie böse auf ihren Gatten, einmal weil er seine Schöpfung aus Marmor dem kleinen, lebendigen Cherub vorzog, der dort in der Wiege schlummerte, und sodann, weil er jetzt, wo die Minuten so kostbar waren, so lange fortblieb. Wäre es denn möglich, daß er den Leuten aussetzendersehte, wo und wie sie die Riste anheben sollten?

So vergingen zwei Stunden; endlich trat Milowanow ins Kinderzimmer.

„Das ist aber unerhört“ rief Pauline, „ja, das ist Un-... schlecht... eine Sünde...“

Ganz erstaunt schaute Milowanow seine Frau an. „Zwei Stunden fortzubleiben... um solch einer Dummheit willen... jetzt, wo wir so wenig Zeit zum Ueberlegen haben! Nach zwölf Stunden müssen wir bereits die Wohnung verlassen und zuvor noch diese dumme Puppe einpacken, und Du plauderst mit dem Beamten einen halben Tag darüber.“

Aber nicht von der Puppe, entgegnete Milowanow mit leiserem Vorwurf. „Von der Statue haben wir höchstens eine Viertelstunde gesprochen. Er übernimmt dieselbe und will sie in Sicherheit bringen; selbst wenn die Polizei sie verlangen sollte, würde er sie nicht herausgeben. Er ist ein höherer Beamter, als wir dachten. Ich habe mit ihm über unsere Angelegenheit gesprochen. Morgen früh wird der Herr zu uns kommen... Er will uns helfen...“

„Er sagt, Pawlinow wäre ein abscheulicher Rechtsverdreher...“

„Behaftet erzählt er sodann, der Herr wäre ein wirklicher Staatsrat, bestleibe im Senate einen wichtigen Posten und sei, obwohl er den deutlich klingenden Namen von Maier trage, ein Stoakruße. Eine wie bedeutende Persönlichkeit Herr von Maier sein müsse, ginge daraus hervor, daß er die Anordnungen des Polizeiwesens umstoßen und dafür sorgen

wolle, daß die Leibeigenen der Fürstin Eugenie Beresopolska vorläufig in St. Petersburg bleiben dürften.“

Pauline hatte ihr Kindchen in die Wiege gelegt und lauschte den Worten ihres Mannes mit atemloser Spannung. Immer wieder wiederholte dieser die Worte:

„Schade, schade, daß wir uns nicht früher kennen gelernt haben... Dann hat er mir noch etwas gesagt... Wir empfangen solch hohe Gäste und wir sollten uns dann von solch einem Kauzler, wie Orwabe, belästigen lassen! Ich fragte ihn sofort, wen er meine, und da erwiderte er mir, er habe den alten Herrn gesehen, der zu uns kam, um sich unseren Engel anzuschauen...“

„Nun?“ fragte Pauline gespannt, indem sie die Hände ihres Mannes ergriß.

„Als ich ihm mitteilte, jener Herr sei incognito gekommen, wurde Herr von Maier verlegen und meinte, wenn der Herr selbst seinen Namen nicht nennen wolle, so dürfe er es ebenfalls nicht tun, fügte jedoch hinzu: „Seien Sie nur ganz ruhig, er wird Ihre Sache schon führen! Sobald er wiederkommt, erzählen Sie ihm alles haarklein, und wenn er will, dann wird Ihr gesüchteter Orwabe fliegen!“

Pauline bedeckte ihr Antlitz mit beiden Händen, und nach langem Stillschweigen sprach sie leise:

„O mein Gott, sollte denn wirklich noch alles gut werden!“

Die Nacht war für das junge Paar schrecklich; Pauline konnte kein Auge schließen.

Am anderen Tage erschien Herr von Maier schon recht zeitig, um Pauline sich vorzustellen. Der Beamte nickte ihr großes Vertrauen ein. Mit ruhiger, sicherer Stimme sagte er ihr, daß er sich jetzt in den Senat begeben werde, und daß er hoffe, binnen drei bis vier Stunden ihr eine gute Antwort bringen zu können.

„Unterdessen kann ich, gestützt auf eine langjährige Praxis, Ihnen die Versicherung geben, gnädige Frau, und ich werde jeder Behörde den Beweis liefern, daß eine Edel-dame trotz ihrer Verheiratung mit einem Leibeigenen nach wie vor eine Edel-dame bleibt und ihre Rechte behält. Was jedoch den kleinen Schreihals anbetrifft,“ fuhr er fort, indem er nach der Tür deutete, hinter welcher das keine Stimmchen des kleinen Andrej sich hören ließ, „so weiß ich wirklich nicht, ob auf diesen die Rechte der Mutter oder aber die des Vaters übergehen.“

„Behmütig senkte Pauline den Kopf.“

„Was bedeuten Ihre Worte, Herr von Maier?“ fragte sie leise. „Ich bleibe Edel-dame und kann in St. Petersburg oder in Paris leben, während mein Gatte und mein Kindchen in einer Bauernhütte ihr Dasein fristen müssen?“

bin frei, aber eine Gutsbesitzerin kann meinen Mann prügeln lassen, meinen Sohn verkaufen oder verschenken, mit anderen Worten, ihn einfach umbringen?“

„Ja, Sie haben ganz recht, in bezug auf diesen Punkt versteht das Gesetz vollkommen seinen Zweck. Das Gesetz will nicht, daß die Ehefrau eines Leibeigenen selbst unter das Joch der Leibeigenschaft gerät, dagegen... Mein Gott ist ja gnädig, und er wird gewiß alles zum Besten lenken...“

Nach ungefähr vier Stunden sprach Herr von Maier abermals bei Milowanows vor und sagte in scherzendem Tone:

„Jetzt brauchen Sie Ihren Engel nirgends zu verpacken, Jury Jwanowitsch; denn Sie werden nicht fortziehen. Sie müssen einen Prozeß gegen die Gutsbesitzerin Eugenie Stepanowna anstrengen, gnädige Frau, und dieser Prozeß wird ein halbes Jahr, vielleicht auch ein ganzes Jahr dauern.“

„Und wie steht es mit unserer Ausweisung?“

„Davon kann nunmehr ganz und gar keine Rede sein. Den abscheulichen Pawlinow dürfen Sie nie mehr über Ihre Schwelle lassen, das sage ich Ihnen! Fürchten Sie sich ja nicht! Der General Orwabe wird vielleicht recht bald Sie wie die Erde von seiner Gegenwart erlösen; als ich ihm ein gewisses Papierschön zeigte, wurde er so rot, daß ich schon glaubte, ihn würde sofort der Schlag treffen.“

„Wenn er sich aber nun an uns rächen wird?“

„Das vermag er nicht. Sollte jedoch irgend etwas passieren, so wöhne ich ja ganz in Ihrer Nähe. Sagen Sie mir nur ein Wort, und ich werde sofort alles wieder in Ordnung bringen.“

Herr von Maier erhob sich, nahm Abschied und trat ins Wohnzimmer; die beiden Ehegatten dankten ihm mit Tränen in den Augen und begleiteten ihn bis zur Treppe. Raum hatte Herr von Maier seine Treppe erreicht, und schon wollten Milowanows in ihre Wohnung zurückkehren, da gewahrten sie einige Stufen tiefer den rätselhaften Fremden. Der Beamte zog ehrerbietig seinen Hut und nahm eine demütige Haltung an. Der Unbekannte grüßte zuerst Herrn von Maier und sprach:

„Ich habe nicht die Ehre, Sie zu kennen, doch ich errate, daß Sie mich kennen. Seien Sie doch so freundlich, und über Sie Rücksicht mit meiner menschlichen Schwachheit... haben Sie die Güte, diesen Herrschaften vorläufig nicht zu erzählen, was für ein Vogel ich bin! Erfüllen Sie meine Bitte nicht, dann... hüten Sie sich,“ leckte er hinzu, indem er heimlich mit dem Finger drohte. „Ich bin ein ungemütlich rachsüchtiger Mensch.“

„Ich werde mich den Mühsen erren.“

gen Kampfsprüche prägte, deren Berechtigung sie jetzt ganz entschieden in Abrede stellen. So schrieb die Rheinisch-Westfälische Zeitung am 14. Mai 1901:

Wenn der Zentralverband wirklich für den Schutz der nationalen Arbeit eintreten will, so hat er die Verpflichtung, nicht für die Papierfabrikanten, sondern in allererster Linie für die hundertmal zahlreicheren Druckereifabrikanten, welche mit ihrem ungeheuren Personal das Vielfache bedeuten, wie jenes Duzend deutscher Druckpapierfabrikanten. Sind etwa die deutschen Druckereien keine Industriellen? Sie werden vielleicht darauf verzichten müssen, Unterstützung da zu finden, wo sie oft unterliegen müssen, aber sie werden nicht darauf verzichten, ihrerseits ihren Einfluss auf die deutsche Volkserziehung anzuwenden.

Aber die Proteste nützten nichts. Das System des solidarischen Schutzes der nationalen Arbeit siegte auf der ganzen Linie. Die Kommission beschloß die Erhöhung der Papierzölle, und das Plenum des Reichstags trat in der dritten Lesung dem Beschluß der Kommission bei, obwohl Abgeordneter Ledebour eine Petition der papierverarbeitenden Industrie zur Verlesung brachte. Die Hoffnung der Post auf eine Rückverweigerung der Kommissionsbeschlüsse durch das Plenum an die Kommission hatte sich nicht erfüllt. Was sie und die Kreuzzeitung damals schrieben, verdient zitiert zu werden als ein Beweis dafür, was die Hochschulzöglinge von dem neuen Zolltarif erwarteten, wenn sie selbst an der weiterarbeitenden Industrie beteiligt waren. Die Kreuzzeitung schrieb:

Bei der Abstimmung nun haben die Vertreter der konservativen Partei für den höheren Zolltag gestimmt, was wir nicht ohne weiteres zu billigen vermögen. Gerade den betreffenden Zweigen der Papierfabrikation, die diese Erhöhung angeht, soll es so weit erträglich gehen, daß sie mit dem jetzigen Zolltag wohl bestehen können. . . . Wenn angenommen worden sein sollte, daß durch höheren Zoll auf Holzstoff usw. den heimischen Waldungen eine bessere Ausnutzung gebracht werden könne, so dürfte diese Ansicht nicht zureichend sein. . . .

Die Post erklärte:

Sowohl kulturelle wie wirtschaftliche und auf den wirklichen Schutz nationaler Produktion zielende Gesichtspunkte lassen es daher wünschenswert erscheinen, daß das Plenum des Reichstags diese Beschlüsse der Kommission nicht bestätigt, sondern revidiert, trotz aller weiteren persönlichen Anstrengungen, welche die Papierfabrikanten machen werden, um auch im Plenum des Reichstags eine Mehrheit für ihre übertriebenen Ansprüche zu gewinnen.

Die Zölle traten im Generalzolltarif so wie sie vor der Kommission beschloßen waren, in Kraft, und wurden nur beim Abschluß der Handelsverträge im Kompensationswege zum Teil ermäßigt.

Wie wirken nun die Papierzölle auf die papierverarbeitende Industrie? Hoppe berechnet auf Grund einer von ihm veranlaßten Umfrage bei Zeitungen verschiedener Größe, daß die Absatzmenge bis 4.1 Prozent des Staats beträgt. Eine wenn auch nicht ganz zuverlässige statistische Aufstellung über den Export der papierverarbeitenden Industrie ergibt, daß ihre Ausfuhr von 215 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 263 Millionen Mark im Jahre 1905 stieg, auf 292 Millionen Mark nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs im Jahre 1907 sank und im Jahre 1912 nach mancherlei Schwankungen, die meistens nach unten gerichtet waren, 201 Millionen Mark betrug. Eine Verärgerung des Exports ist für die papierverarbeitende Industrie deshalb sehr unangenehm, weil sie mit hohen einmaligen Kosten zu rechnen haben, die natürlich, auf die Einheit der Produktion berechnet, in demselben Verhältnis stehen, wie die Produktion steigt. Ein Erzeuger von Bilderbüchern teilt dem Verfasser mit, daß sich bei einem Absatze von 30 000 Stück ein Selbstkostenpreis von 1,90 Mark ergibt, daß aber bei einem Absatze von nur 15 000 Stück, trotz wesentlich vereinfachter Herstellung, der Preis 2,15 Mk. beträgt.

Der Papierpreis ist in England billiger. So zahlte eine Fabrik in Berlin für 100 Kilogramm Elfenbeinfarben im Jahre 1911 55 Mark, im Jahre 1912 51 Mark mit 5 Prozent Skonto. In London kostete dasselbe Kartonpapier 43,30 Mark pro 100 Kilogramm. Eine deutsche Firma exportiert ihr Papier in England billiger als in

Deutschland. Was sind die Folgen davon? Ein Gewährsmann schreibt Hoppe:

Zum Beispiel habe ich jetzt ein Buch im Auge, welches um 2 sh 6 d in England im Detail verkauft werden soll und infolgedessen an Herstellungskosten von mir nicht über etwa 90 Pfg. kosten darf. Hierbei ist die Preisdifferenz in bezug auf das Papier allein gegenüber England, da das Buch verhältnismäßig umfangreich ist und der Gesamtpapierwert etwa 30 Pfg. beträgt, sogar 7 1/2 Pfg. auf den Grundpreis von 90 Pfg. Da hierzu etwa 5 Pfg. pro Buch Fracht nach England zu zahlen wären, spare ich bei der Herstellung in England auf 90 Pfg. etwa 12 1/2 Pfg., also mehr, als ich rein netto an der ganzen Herstellung eines solchen Buches überhaupt verdienen kann. Diese Differenzen variieren natürlich je nach der Menge des zu verwendenden Rohmaterials und der Preislage des betreffenden Artikels überhaupt.

Ein bekannter Verlag soll die Matrizen nach England schicken, dort auf billiges Papier seine Bücher drucken lassen, um sie dann zollfrei nach Deutschland einzuführen. So entzieht die bewährte Wirtschaftspolitik dem deutschen Markt reiche Arbeitsgelegenheit!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübeker Volksboten“.

Berlin, den 16. Mai 1914.

259. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Dehnbach.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats für den Reichstag.

Zwei Resolutionen Wasser mann (N.) und Genossen fordern freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten während der ganzen Legislaturperiode und die Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe.

Eine Resolution Behrens (Wg.) verlangt die Einsetzung einer Kommission für Sozialpolitik und Arbeiterfragen.

Ledebour (SD.): Der Etat des Reichstages gibt uns Gelegenheit, über die ganze Art der Erledigung der Reichstagsgeschäfte zu sprechen. Die Unmöglichkeit, den Etat rechtzeitig zu verabschieden, und den übrigen vorliegenden Gesetzentwürfen zu arbeiten, wächst sich von Jahr zu Jahr mehr zu einer wahren Katastrophe aus. Ihre Überwindung ist keine Parteifrage. Alle Parteien des Hauses haben ein Interesse daran, die Arbeitsfähigkeit des Reichstages und die Effektivität seiner Geschäftsführung zu erhöhen. Wir haben in dieser Beziehung ja gewisse Fortschritte erreicht, aber das Diätengesetz schränkt die Bewegungsfreiheit des Reichstages in gefährlicher Weise ein. Seine Bestimmung, daß die erste Diätensitzung am 1. Dezember und die letzte vor der Schlussrate am 1. April erfolgt, hat zur Folge, daß der Reichstag fast nie vor den letzten Dezembertagen einberufen wird, und daß im Quadrat der Entfernung vom 1. April der Ferientrang immer stärker wird, bis er Ende Mai eine unüberwindliche Kraft erlangt. Dadurch wird die Dispositionsfreiheit des Reichstages in der Erledigung seiner Geschäfte vollkommen aufgehoben. Erweist es sich einmal als ganz unmöglich, die Arbeiten in der genannten Zeit zu erledigen, dann muß ein besonderes Diätengesetz für den Einzelfall den Reichstag zusammenhalten. Das ist schon vorgekommen, und ist schon an sich ein genügender Beweis, daß das Diätengesetz unrichtig formuliert und nicht genügend elastisch ist. Die Reichstagsarbeit wird durch die wirtschaftliche Entwicklung und Deutschlands Hineinziehung in weltpolitische und kolonialpolitische Fragen naturgemäß von Jahr zu Jahr umfangreicher. Aber infolge des Diätengesetzes fehlt die Möglichkeit, den zunehmenden Beratungsstoff verhältnismäßig einzuteilen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Diätengesetz wirkt auf eine Verkürzung der Zahl der Arbeitstage und eine Verlängerung der Arbeitsstunden hin. Vor dem Diätengesetz war eine Plenarsitzung von mehr als 5 Stunden Dauer eine außerordentliche Seltenheit, jetzt wächst die Sitzungsdauer von Sitzung zu Sitzung. Dabei sind 5 Stunden Plenarsitzung vollkommen hinreichend für den, der wirklich an der Reichstagsarbeit teilnimmt, besonders wenn er vorher drei Stunden Kommissionsitzung gehabt hat. Denn in der Kommission kann man sich umso leichter so entfremden wie im Plenarsitzungssaal, wo überall Gruppen umherstreifen und sich unterhalten und aufpassen, daß sie die richtige Zeit für das Mittagessen nicht verpassen. (Lebh. Heiterkeit.) Acht Stunden Sit-

zungsarbeit ist das höchste, was der Reichstag leisten kann. (Sehr wahr!) Diese Zeitdauer wird jetzt fortgesetzt ungeheurer überschritten. Namentlich gegen Ende der Session oder des Sessionsabschnittes wird zusammengedrängt und durchgepeitscht, was noch irgend hindurchgehen will. Für die ganze dritte Etatslesung sollen vier bis fünfmal einen Tag haben. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) In einem früheren Jahre haben in der dritten Lesung bei der Generaldebatte die bürgerlichen Parteien in wunderbarer Enthaltensamkeit sämtlich nicht das Wort ergriffen. Dabei soll die dritte Etatslesung das Gesamtergebnis der Beratungen ziehen und die politischen Konsequenzen daraus ableiten. Die jetzige Verhandlungsmethode ist mit den Zwecken des Reichstages jedenfalls nicht in Einklang zu bringen. Bei der ersten und dritten Etatslesung und bei der zweiten Lesung des Etats des auswärtigen Amtes und des Reichsanwalter soll er in Abständen von je ein paar Monaten Gelegenheit zur Erörterung der wichtigsten politischen Fragen haben. Durch die Zusammenbringung des Reichsanwalterrats mit der dritten Lesung wird ihm eine dieser drei großen Gelegenheiten geradezu genommen. Ich kann nicht begreifen, daß hervorragende Mitglieder des Hauses darin gelegentlich noch einen Vorteil für den Reichstag erblicken wollten. Dazu kommt, daß die Kommissionsberichte jetzt in Stücken vor das Plenum gebracht werden, daß die Etats hier in der zweiten Lesung erörtert werden, ehe sie in der Kommission erledigt sind. Alle diese Uebelstände werden von Jahr zu Jahr schlimmer und schädigen die ganze Reichstagsarbeit. Die Abgeordneten werden bei der gegenwärtigen Geschäftsführung überbürdet und abgehetzt. (Vielfaches Sehr wahr!) Denn der Abgeordnete muß ja nicht nur hier seine Stunden abgeben, sondern sich doch auch auf die Sitzungen vorbereiten. Es sollte unverbrüchliches Gesetz sein, daß nach 6 Uhr abends im Reichstage nicht mehr verhandelt wird. (Lebh. Zust.) Aus Rücksicht auf die Abgeordneten, aus Rücksicht auf die Beamten und aus Rücksicht auf die Presse. (Sehr wahr!) Die Reichstagsbeamten haben jetzt vielfach einen 12stündigen Arbeitstag. Auch die Pressevertreter können nicht einfach davonlaufen, wie wir Abgeordnete, sondern müssen dauernd auf dem Posten sein. Dabei ist ihr Amt an sich aufreibend und schwierig genug. (Sehr wahr!) Ich habe mit Freude gehört, daß die Herren von der Presse bereits den Beschluß gefaßt haben, diese Überbürdung künftig von sich abzuwehren. Die Schuld an all diesen Missetaten trägt in erster Linie das Diätengesetz. Die Einführung von Tagesdiäten würde dem Reichstage volle Dispositionsfreiheit geben. Aber auch eine andere Verteilung des Pauschalums mit gleichmäßigen Monatsraten könnte schon Besserung schaffen. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, weil in diesem Stadium der Geschichte ein praktischer Erfolg doch nicht mehr zu erzielen ist. Aber zu Beginn der nächsten Session sollte ein gemeinsamer Initiativantrag aller Parteien die Neuordnung des Diätensystems herbeiführen und die geschiedenen Uebelstände abschaffen. (Lebh. Zust.) Bei dieser Gelegenheit sollten wir dann auch die Ausdehnung der Freifahrtarten auf die ganze Session durchsetzen. Es ist des Reichstages nicht würdig, daß die Regierung oder Anhänger der Regierung die Möglichkeit haben oder zu haben glauben, den Reichstag durch die Zersplitterung der Vertagung, die den Abgeordneten die Freifahrtarten läßt, zu beeinflussen. Der Reichstag in seiner Gesamtheit ist allen derartigen Initiationen aus dem entschiedensten entgegengetreten. Aber daß überhaupt jemand glaubt, auf die Abgeordneten durch Gewährung von Vorteilen einwirken zu können, ist ein unhaltbarer Zustand. Wenn die Regierung sich nicht dem Verdacht aussetzen will, daß sie auf diesem Wege etwas erreichen möchte, was sie auf legitimen Wege nie erreichen könnte, sollte sie dem nahezu einstimmigen Verlangen des Reichstages entsprechen, die Freifahrtarten für die ganze Dauer der Legislaturperiode zu geben. (Lebh. allg. Beifall.) Zugleich mit der Aenderung des Diätengesetzes müßte die Regierung ihre Praxis ändern, uns die Gesetzentwürfe und Denkschriften erst im letzten Augenblick zuzuführen. Noch vor der Budgetberatung könnten eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet werden, unter denen jetzt der Sessionsabschluss ein Gemisch wie beim belchensittlichen Kindermoder veranstaltet. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Gegenwärtig weiß der Reichstag nicht, was heute und was morgen geschieht, und die Abgeordneten wissen es erst recht nicht. Jede Möglichkeit des Disponierens hat aufgehört. (Sehr wahr!) Wir sollten alle zusammenwirken, um im Interesse des Reichstags, der Abgeordneten, der Beamten, der Presse und unseres ganzen politischen Lebens mit Beginn der nächsten Session eine gründliche Besserung dieser Zustände herbeizuführen. (Lebh. Beifall.)

Dr. Thoma (N.) tritt für eine Besserstellung der Reichstagsstenographen ein.

Präsident Kämpf: Jemandwelche Beschwerden von den Stenographen ist mir nicht zugegangen.

List (N.): Das Ideal Ledebours, eines parlamentarischen Achtstündentages mit dreistündiger Kommissions- und fünfstündiger Plenarsitzung wird bei der Häufung des Arbeitsstoffes nur schwer durchführbar sein. An der ungünstigen Geschäftsverteilung trägt aber auch das große Redebüchlein schuld. (Stk. und Zust.) Wenigstens sollte für ein gutes Essen gesorgt werden. (Zust. und Stk.) — Der Redner begründet dann die Resolution auf Gewährung von Freifahrtarten während der ganzen Dauer der Legislaturperiode. Es ist von größtem Werte, daß die Abgeordneten möglichst viele Teile des deutschen Vaterlandes aus eigener Anschauung kennen lernen.

Gröber (Str.): Den Antrag auf Ausdehnung der Freifahrtarten nehmen wir am besten ohne jene Debatte an. (Zust.) Das Diätengesetz hat seinen Zweck, einen beschlußfähigen Reichstag herzustellen, erreicht. — Die Behandlung, die dem Reichstag von der Regierung zuteil wird, ist wahrlich nicht schön. (Lebh. Zust.) Noch heute wissen wir nicht, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen wird. (Sehr wahr!) Der Reichstag sollte auch früher einberufen werden, damit vor dem Etat noch andere Gesetze beraten werden. Es mag dann erwogen werden, ob dadurch eine Aenderung des Diätengesetzes bedingt wird.

Dr. Müller-Meinigen: An der schlechten Geschäftsführung ist einmal das Verhalten der Regierung schuld und ferner das Diätengesetz mit seiner verfehlten Monateinteilung. Auf die Dauer kann nicht so fortgeworfen werden wie bisher. Es ist geradezu unerhörte, daß die Regierung noch bis zuletzt mit großen Vorlagen kommt, und uns dabei im Unklaren läßt, ob geschlossen oder vertagt werden wird. (Lebh. Zust.)

Frosmeyer (K.): In unserer Fraktion sind die Meinungen in bezug auf die Gewährung unbeschränkter Freifahrtarten geteilt.

Hoch (SD.): Die Rücksichtslosigkeit der Regierung, zum Schluß der Session noch mit neuen Vorlagen zu kommen und darauf zu spekulieren, daß der Reichstag dann in seiner Arbeitsheißigkeit manches mit durchschlüpfen läßt, wird nicht eher überwunden werden, als bis der Reichstag die nicht rechtzeitig eingebrachten Vorlagen unerörtert zurückweist. Mit der ewigen Rücksichtnahme kommen wir nicht weiter. (Sehr wahr! links.) Die Klagen über die zu langen Reden bringen uns auch nicht vorwärts, die Meinungen darüber, wer zu lange redet, gehen ja doch immer auseinander, jeder hält seine Rede für unbedingt notwendig. (Stk. und Zust.) Selbst wenn dem Reichstag nur eine Reform des Diätengesetzes und eine größere Rücksichtnahme der Regierung. Den Wä-

„Guter Wohlgeboren.“ fiel ihm der Fremde mit leichtem Kopfnicken ins Wort.

„Ich werde mich den Wünschen Eurer Wohlgeboren fügen,“ wiederholte Herr von Water.

Darauf reichte der Fremde Milowanow die Hand und sagte:

„Ich komme zu Ihnen zu Gast, oder richtiger . . . zu Ihrem Engel; denn ich bin in denselben ganz verwickelt.“

Der Unbekannte hat, in den großen Salon treten zu dürfen, und Jeger erwiderte sich, um die Schlüssel zu holen, während Pauline den Gast ergrüßte, Platz zu nehmen. Herr von Water wollte sie mit ihm über ihre Angelegenheit sprechen, aber sie wußte nicht, wie sie damit beginnen sollte, doch zum Glück fing der Fremde selbst davon zu sprechen an.

„Sie sind lebend?“ fragte er teilnehmend. „Ich finde Sie sehr verändert.“

„Nein, wie haben einen angenehmen Tag und eine noch viel angenehmeren Nacht verbracht; denn während Sie uns jetzt die Götter erzählen, sollten wir bereits auf der Reise sein mit unseren zwei kleinen Kindern . . . in einem einfachen Zimmern . . . bei dieser Kälte . . .“

„Was?“ rief der alte Herr. „Doch, ja, ja, ich verhehe . . .“

„Sagen Sie mir einmal alles ausführlich, damit ich Ihre Sache verstehen kann, genau so, als handelte es sich um die Welt.“

In diesem Augenblick klopfte Jeger mit dem Schlüssel zurück, doch der Unbekannte rief ihn freundlich zu:

„Sagen Sie mir hier zu uns, Jürg Zwanowitsch! Hoffentlich liegt aus der Engel inzwischen nicht fort, obwohl es mich durchaus nicht wunder nehmen sollte, wenn der Engel bei unserem Eintreten ins Zimmer vor unseren Augen davonlief.“ Jeger wußte, daß er jedoch einmal den französischen Namen hören . . . Einmaligen Sie, Prastowia Andrejewna, es ist wirklich ein französischer Roman mit wirklichem Untergrund.“

Pauline erwiderte jetzt alles ausführlich; da sie bereits verheiratete Mäde dieses Thema berührt hatte, so konnte sie heute in aller Kürze, logisch und packend vortragen.

Der Unbekannte schloß geratene Zeit, und während er mit seinem Blick einen Anblick der Landschaft, welcher auf das Auge hand, vertrieb er:

„Ihre Lage ist weit schöner, als Sie selbst glauben. Dieser Herr, den Sie Herr von Water nennen, hat recht; Sie bilden eine Exzellenz, aber Ihr Gatte und Ihr Kind sind sehr glücklich. Verzeihen Sie Ihre Angelegenheit nicht entschuldigend; denn niemand vermag Herrn Milowanow gegen den Willen seines Vaters oder seiner Ehefrau die Freiheit zu geben. Der Kaiser ist allerdings dazu berechtigt, aber er wird nicht wollen. . . . Was kann wohl bitten, ihn frei zu lassen, alle die bescheiden. . . .“

„Dann sind wir verloren . . .“ verzehrte Pauline mit bebender, tonloser Stimme.

„Nein, Sie werden schon einen Erlöser finden, der Jürg Zwanowitsch aus seiner entsetzlichen Lage befreien wird.“

„Und dieser Erlöser . . . sind Sie?“ rief Pauline.

„Nein, nein, ich nicht . . . Ihr Erlöser ist kein gewöhnlicher Sterblicher.“

„Der Kaiser?“ fragte die junge Frau.

„Nein, auch nicht der Kaiser . . . es ist kein Mensch . . . sondern . . . Ihr fliegendes Engel.“

„In welcher Weise?“ fragte Milowanow auf.

„Darauf vermag ich Ihnen heute noch keine Aufklärungen zu geben. Ich könnte mich ja auch irren, und wozu sollte ich unzulänglich in Ihnen Hoffnungen erwecken? Wenn es gelingt, so wird es niemand auffallen; denn Sie sind weder der erste, noch werden Sie der letzte sein. Doch jetzt lassen Sie uns gehen und ihn noch einmal anschauen! Ich will ihn fragen, ob ich in unserer Angelegenheit auf seine Hilfe rechnen darf.“

So verstrichen mehrere Tage. Milowanows beruhigten sich zwar ein wenig, aber ihre Lage blieb nach wie vor gefährlich. Sie folgten dem Räte des Herrn von Water und empfingen den Beamten Paulinow, der bereits so bedeutende Summen von ihnen erpreßt hatte, nicht mehr. Schon zweimal war Paulinow dort gewesen, und als ihm der Diener erklärte, die Herrschaften wären nicht zu Hause, ging er das erste mal lachend fort, bei seinem zweiten Besuche jedoch ankerte er:

„Sage Deinen Herrschaften, sie wären durchaus nicht solche Personen, die unehrenhaft fortgehen dürften. Ich werde mich noch einmal hierher bemühen.“

Bei seinem dritten Erscheinen schrie er im Vorzimmer mit lauter Stimme:

„Geh und sage Deiner Herrin, wenn ich sie heute nicht zu sehen bekomme, so würde man sie binnen zwei Tagen auf die Folter beschicken.“

Als Pauline diese Drohung vernahm, ging sie ins Vorzimmer hinaus.

„Was wünschen Sie?“ fragte sie an der Tür.

„Ich wünsche Sie zu sehen, gnädige Frau, um Sie zu fragen, ob Sie meiner Hilfe noch fernherhin bedürfen?“

„Nein, ich wünsche Ihnen . . . Beizand ebenso wenig, wie etwaige fernere Besuche Ihrerzeit.“

„Bitte, überlegen Sie es! Wenn Sie mir jetzt zweitausend Rubel zahlen, dann werde ich Ihnen sofort ein Schreiben ausstellen, welches Ihnen den Aufenthalt in St. Petersburg während des ganzen Winters gestattet.“

„Bitte, verlassen Sie mich mit Ihren Ratsschlägen! Ich verpörrere durchaus keine Lust mehr, mein Geld auf die Straße hinauszuwerfen.“

(Fortsetzung folgt.)

... für die Stenographen schließen wir uns an, bitten den Präsidenten aber, seine Fürsorge auch den unteren Beamten des Hauses zuzuwenden. (Bravo! b. d. Soz.)
Die Resolution Wassermann betr. die Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe wird angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution Behrens betr. Einsetzung einer besonderen Kommission für soziale und Arbeiterangelegenheiten bleibt das Resultat zweifelhaft, der Hammelsprung ergibt die Anwesenheit von nur 177 Mitgliedern, von denen 75 (Sozialdemokraten und Wirtsch. Bgg.) mit Ja, 102 mit Nein stimmten. Das Haus ist also beschlussunfähig. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.
Schluß der Sitzung: 12 1/2 Uhr.

Berlin, 16. Mai.
260. Sitzung. Vormittags 12 1/2 Uhr.
Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Kommissare.
Die Abstimmung über die Resolution Behrens (W. Bgg.) wird auf die dritte Lesung verschoben.
Die Resolution Wassermann betreffend die Bewilligung von Freifahrtkarten während der Dauer der ganzen Legislaturperiode wird mit allen gegen die Stimme des Abg. v. Weit (K.) angenommen.
Der Etat des Reichstags ist damit erledigt.
Einige weitere Etats werden debattelos angenommen.
Beim

Allgemeinen Pensionsfonds
wünscht
Erzberger (Ztr.) die Einrichtung einer privaten Anstalt für pensionierte Offiziere.
Generalmajor v. Langermann sagt Erfüllung des Wunsches zu.
Beim Ergänzungsetat der Reichspostverwaltung erklärt Staatssekretär Kräfte: Der Bundesrat hat der Umwandlung der nicht pensionsfähigen Zulagen des Bureau-personals in pensionsfähige zugestimmt.

Antrieb (SD.) klagt über Schikanierungen der Postbeamten durch den Postdirektor auf dem Hauptpostamt in Braunschweig. Nach außen hin legt man immer großen Wert auf das „gute Einvernehmen“ zwischen oberen und unteren Beamten, aber die Unterbeamten werden in jeder Weise schikaniert und dann noch zur Teilnahme an Festen für die höheren Beamten gezwungen. Beamtenauschüsse in allen Oberpostdirektionen würden uns hier manche Beschwerden sparen.
Staatssekretär Kräfte: Es wird nicht gelingen Unzufriedenheit in die Reihen unserer braven Postunterbeamten zu tragen.

Brühne (SD.): Die Tüchtigkeit der Postunterbeamten erkennen auch wir an, dann soll man sie aber auch als tüchtige Beamte besser behandeln. (Sehr gut! b. d. Soz.) Auch die Beamten der Oberpostdirektion Frankfurt a. M. klagen über die rigorose und kleinliche Aufsicht.
Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung klagt Reine (K.) über die ungünstige Lage der deutschen Zuckerindustrie.

Reichshaussekretär Kühn weist auf die Zuckerausfuhr nach England hin, die 70 % unserer Zuckerproduktion ausmacht.

Warm (SD.): Der Weltmarkt wird natürlich nicht auf die Dauer nur von Deutschland Zucker nehmen. Deshalb muß unsere Zuckerindustrie den Inlandskonsum heben. Der Inlandsmarkt ist überaus aufnahmefähig. Aber er wird nur dann den jetzt nach England ausgeführten Zucker verbrauchen, wenn der Zucker billiger wird, wenn nämlich die Zuckerverfeuerung fällt. Gerade die Nationalliberalen, die jetzt über die Verhältnisse in der Industrie klagen, haben die Aufrechterhaltung der Zuckerverfeuerung mit bewilligt. Die Spirituszentrale zeigt in handgreiflicher Weise die Schädlichkeit eines privaten Monopols. Trotz der gesunkenen Kartoffelpreise geht sie mit den Spirituspreisen nicht herab, sondern sie sucht die Destillateure, die ihre Bedingungen nicht annehmen wollen, durch Rabatte geizig zu machen, und da das noch nicht ganz genügt, geht sie auch zur Likörfabrikation über. An sich könnte die Kartoffelproduktion noch erheblich gesteigert werden. (Zuruf rechts: Aber sie rentiert nicht!) Gewiß und die kapitalistische Produktion muß vor allem Rente aus dem Boden herauswirtschaften, die sozialistische dagegen wird aus dem Boden Nahrung fürs Volk gewinnen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Koch (WP.) und v. Meding (Wesse) wünschen die Herabsetzung der Zuckerverfeuerung.

Dr. Pajschke (K.) wünscht die Herabsetzung der Zuckerverfeuerung, so erwünscht sie im Interesse der Hebung des Zuckerkonsums wäre, können wir mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage nicht zustimmen.

Kretsch (K.): Die vom Abg. Warm gegen die Spirituszentrale erhobenen Vorwürfe sind unberechtigt.

Warm (SD.): Meine Zahlen stammen aus dem Material, das mir eine der Fabriken selbst zur Verfügung gestellt hat. Sie sind absolut richtig und einwandfrei.

Siebenbürger (K.) klagt über die zollfreie Einfuhr von Mehl, welche die Reichskasse, die Landwirtschaft und die Mühlen schädigt.

Mollenhuth (SD.): Gerade im Interesse des kleinen Bauern müssen wir sowohl Viehfutter wie möglich in das Land hineinbringen. Der Rückgang des Viehstandes ist vielfach durch den Mangel an Viehfutter verschuldet. Der Vorstoß der Konservativen läuft darauf hinaus, den kleinen Bauer zu schädigen, und das Mehl noch weiter zu verteuern. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Fegler (Wp.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Kretsch (K.): Der kleine Landwirt hat reichlich Futter für sein Vieh auf dem eigenen Boden. (Lebh. Widerspruch links.) Futterbedarf hat nur der Viehhändler.

Siebenbürger (K.): Das Zollgesetz muß jedenfalls beachtet werden.

Neuhaus (Z.) klagt darüber, daß die Bundesstaaten für die Einziehung der Zölle und Steuern zu geringe Entschädigung erhalten.

Reichshaussekretär Kühn: Ueber die Reiterregelung dieser Entschädigung wird dem Reichstage eine Vorlage zugehen. Bei der Beratung des Etatsgesetzes begründet

Graf v. Westarp (K.) einen Antrag, den Wehrbeitrag in größerem Umfange zur Deckung der einmaligen und fortlaufenden Ausgaben der Jahre 1913 bis 1916 zu verwenden.

Reichshaussekretär Kühn: Der Antrag bedeutet eine Aenderung der Finanzierung der Wehrvorlage, die erst im vorigen Jahre beschloffen ist. Materiell ist er vermutlich belanglos, da aus dem Wehrbeitrag sicherlich nicht 1200 Mill. Mark eintommen werden.

Erzberger (Z.) Der Antrag enthält eine Aenderung eines Gesetzes durch ein Etatsgesetz, also eine Erweiterung der Rechte des Reichstags, die von der Rechten ausgehend nur sympathisch berühren kann. (Heiterkeit.) Materiell will der Antrag, daß das Mehrertrommen aus dem Wehrbeitrag über 1000 Mill. Mark zur Abdeckung des Wehrbeitrages benutzt wird. Dem können wir nicht zustimmen.

Liesching (Wp.) bekämpft den Antrag ebenfalls.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Graf Westarp (K.) und Schiffer (W.), die in eine Zänerei darüber ausarten, ob die Konventionen dem Wehrbeitrag mehr oder weniger freudig zugestimmt haben, wird der Antrag Graf Westarp abgelehnt.
Der Rest des Etats wird debattelos genehmigt.

Das Spionagegesetz.

Stadt hagen (SD.): Wir erkennen an, daß die Kommission aus dem Entwurf die beabsichtigte Diktatur der Militärbehörde beseitigt und ihm die Giftzähne gegen die Arbeiter und Angestellten der Presse ausgebrochen hat. Aber es bleibt noch genug übrig, um uns zur Bekämpfung dieses Gesetzes zu veranlassen. Selbstverständlich verurteilen wir mit jedem anderen den Landesverrat und wollen ihn verhindern, aber dazu genügen mindestens die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, soweit man der Spionage mit Strafgesetzen bekommen kann. Das Reichsgericht hat durch seine ausdehnende Rechtsprechung alle möglichen Dinge für militärische Geheimnisse zu erklären verstanden, sogar Dinge, die jeder sehen kann und die sich gar nicht geheimhalten lassen. Ist doch sogar die ganze Insel Helgoland wegen ihrer strategischen Bedeutung als militärisches Geheimnis erklärt worden! Einer derartigen ausdehnenden Rechtsprechung schließt auch diese Vorlage einen Riegel nicht vor. Nun hat aber das gegen unseren Widerspruch beschlossene Gesetz von 1893 bewiesen, daß man durch Strafgesetze die Spionage überhaupt nicht bekämpfen kann — die Spionage hat sich seitdem vielleicht noch vermehrt. Man hat auch bereits Verwaltungsmassnahmen angekündigt, daß ausländische Arbeiter auf den Werften, bei Festungsbauten usw. nicht beschäftigt werden dürfen, aber auf der „geheimen“ Insel Helgoland werden sie bis heute beschäftigt. Sehr häufig handelt es sich ja bei den angeblichen militärischen Geheimnissen nur um überflüssige militärische Geheimniskrämerer. Die letzte Zeit hat genug Beweise dafür geliefert, daß eine wirklich wirksame Bekämpfung der Spionage die Verstaatlichung der Rüstungs-, Werft-, Eisen-Industrie und der Industrie der Schätze der Erde zur Voraussetzung hat. Vor allen Dingen aber muß derjenige, der den Landesverrat wirklich bekämpfen will, dafür sorgen, daß nicht innere Zustände herrschen, die einem großen Teil der Bürger das Staatsgefühl, die Anteilnahme an der Stärke des Staates nehmen und die dadurch im Ausland die Ansicht entstehen lassen, daß dieser Staat infolge dieser inneren Zustände weniger in der Lage sein könnte, sich zu wehren, so daß hierdurch gerade ein Antriebs für die ausländische Spionage gegeben wird. In dieser Beziehung muß die Polizeispionage gegen bestimmte politische Richtungen, die Bortenthaltung der Gleichberechtigung gegen ganze Klassen und Nationen, die Entfaltung des Klassenkampfes gegen große Gruppen von Staatsbürgern durch den Staat der Spionage Vorschub leisten. Diese Dinge sind es, die im Ausland den Glauben erwecken, daß die inneren Zustände so faul seien, daß man Salunken gewinnen könnte, die bereit sind, die schimpfliche Tat des Vaterlandsverrats zu begehen. In diesem Sinne wird aber auch auf militärischem Gebiet reichlich gesündigt. Die Aufrichtung der unübersteiglichen Schranken zwischen Soldaten und Offizieren, die Unmöglichkeit, daß ein Heere jeder nach seinen Fähigkeiten auch die höchsten Stellen erreiche — das bereitet den Boden für die Spionage; und ebenso geschieht das dadurch, daß die beschworene reichs- und preussische Verfassung unausgeleht gegenüber der Masse von Bürgern verbleibt, daß die beschworene Gleichberechtigung und objektive Rechtsprechung ihnen vorenthalten wird, daß man Angehörigen der größten Partei des Volkes nur wegen ihrer Gesinnung die stitliche Eignung zum Einjährig-Freiwilligen abspricht! Diejenigen, die an solchen Zuständen schuld sind, die sie billigen, die machen sich in Wahrheit des Hochverrats schuldig, indem sie, wie ich schon ausführte, das Ausland zur Betreibung der Spionage anregen. — Soweit die jetzige Vorlage noch Verschärfung gegenüber dem Gesetz von 1893 enthält, bitten wir Sie bringen, diese Verschärfungen zu streichen. Insbesondere soll bei mildernden Umständen Festungshaft zugelassen werden. Selbst eine Reihe von Reichsgerichtsräten, die sonst noch über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehen, bitten, es in diesem Punkte bei der Möglichkeit der Festungshaft zu belassen. Ferner soll nach Ihren Beschlüssen bei schwerem Schaden für das Reich lebenslanges Zuchthaus zugelassen sein. Mit 15 Jahre Zuchthaus nicht genug? Solche Strafverschärfung ist ein Zeichen staatlicher Unkultur, und die Liberalen sollten solche Ungeheuerlichkeiten schon wegen der Rückwirkung auf die allgemeine Reform des Strafgesetzbuches nicht billigen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)
Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Gesetz wird in allen seinen Paragraphen unter Ablehnung der von den Abgg. Cohen (Soz.) und Stadthagen (Soz.) vertretenen Anträgen der Sozialdemokratie mit allen bürgerlichen Stimmen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.
Hierauf verlegt sich das Haus auf Montag 12 Uhr. (Rechnungssachen, Militärstrafgesetznovelle, Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, Postdampfersubvention und 8. Lesung der Befolgungsnovelle.
Schluß: 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Nicht bestätigt. Gen. Dr. Borchardt war zum Mitglied der städtischen Schuldeputation in Charlottenburg gewählt worden. Er wurde von der Regierung nicht bestätigt, weil er Mitglied der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ist.

Behörden gegen Arbeitervereine. Im Dorje Eikum, im Kreise Herford, besteht seit einigen Jahren eine „Freie Musikvereinigung“, deren Mitglieder Arbeiter sind. Diese wollte auch einmal ein Fest feiern. Aber der Amtmann des Amtes Herford-Hiddenshausen, der kürzlich erst den Himmelfahrtsausflug der Gewerkschaften Herfords, der mit Musik stattfanden sollte, verbot, will das nicht. Er erließ auf das Gesuch des Vereines folgende Antwort:
„Die Erlaubnis zum Abhalten einer öffentlichen Tanzlustbarkeit wird Ihnen hiermit verweigert.“
Gründe:
„In der Gemeinde Eikum finden alljährlich 2 öffentliche Tanzlustbarkeiten statt, was dem Bedürfnis bisher entsprochen hat. Dies ist auch jetzt noch der Fall, um so mehr, als hier in der Stadt, die nur eine Stunde von Eikum entfernt liegt, jeden Sonntag Tanzbefeistigungen stattfinden, woran auch die Tanzlustigen aus dortiger Gemeinde jederzeit teilnehmen können.“

u. der Schulenburg.“

Die zwei Feste sind die des patriotischen Turnvereins und des Kriegervereins, also Vereine, die keine Arbeiterinteressen vertreten.
Die Beschwerde gegen das Verbot wies der Landratsvertreter „aus den in diesem Bescheide dargelegten Gründen als unbegründet zurück“. Als Antwort haben 20 der betroffenen Arbeiter dem Sozialdemokratischen Verein ihren Beitritt gemeldet. Ob der Herr Amtmann samt dem Landrat damit zufrieden ist?

Preußen macht Schule. Der Gemeindevorstand in Großhörsdorf in Sachsen hat dem dortigen Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates aufgetragen, die Mitglieder einzureihen. Der Vorsitzende hat dem Gemeindevorstand geantwortet, daß er sich dazu nicht für verpflichtet halte. Das Gewerkschaftsratsmitglied hat sich als vertretende Körperschaft der Gewerkschaften jeder Einwirkung auf politische Angelegenheiten.

Wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetzgebung“ ist gegen den Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ Gen. Crispian, Anklage erhoben worden. Crispian hatte am 1. Mai in einer Jugendversammlung die Jugend aufzufordern, entgegen dem Verlangen der Polizei im Straßensprengel zu bleiben.

Unklarheiten in der Hinterbliebenenversicherung.

Unbegreifliche Lücken haben oft amtliche Publikationen. Ganz besonders scheint damit der neueste Zwang der Arbeiterversicherung, die Hinterbliebenenversicherung bedacht zu sein. Lange Zeit berichtete man in den amtlichen Berichten über eine geradezu ungläublich niedrige Zahl der bewilligten Waisenrenten, bis man im Januar dieses Jahres das Geheimnis enthüllte, indem man mitteilte, daß unter Waisenrenten nicht eine einzelne Waise, sondern ein Waisenstamm mit reichlich 2,5 Köpfen zu verstehen sei. Im Reichsamt des Innern war man bei Aufstellung des Etats für 1914 noch ein Opfer dieser Unklarheit geworden, indem man als Reichszuschuß für jede Waisenrente nur 25 Mk. Jahresbetrag einsetzte während doch jedes Kind 25 Mk. erhält.
In der neuesten Nummer der „Amtlichen Nachrichten“ wird wieder etwas verheimlicht, was veröffentlicht werden mußte. In jedem Jahre bringen die „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ eine Tabelle über festgesetzte, weggefallene und laufende Renten. Auf Seite 428 und 429 werden nun die üblichen Tabellen mitgeteilt. Sie bringen folgende Ziffern über die Rentenbewegung:

	Invalidenrenten	Krankenrenten	Altersrenten	Zusammen
Bis Ende 1912 wurden festgesetzt	2 105 773	138 804	516 693	2 761 270
Bis Ende 1912 fielen weg	1 140 146	122 898	426 622	1 689 666
Bestand am 1. Januar 1913	965 627	15 906	90 071	1 071 604
Im Jahre 1913 wurden festgesetzt	134 159	11 806	11 906	157 871
1913 fielen weg	101 448	11 157	14 716	127 321
Bestand am 31. Dezember 1913	998 338	16 555	87 261	1 102 154

Man hat also eine gute Uebersicht über die Rentenbewegung. Auf Seite 430 folgt dann die Tabelle über die Hinterbliebenenbezüge. Hier wird mitgeteilt, daß im Jahre 1913 bewilligt sind: 8474 Witwengelder, 303 Witwen-Krankenrenten, 25 919 Waisenrenten, 8082 Witwengelder, 460 Waisenaussteuer. Da es die Fortsetzung der Tabellen auf den vorhergehenden Seiten ist, fällt es auf, daß die Spalten fehlen, in denen mitgeteilt ist, wieviel Renten bis Ende 1912 bewilligt und wieviel weggefallen sind, es fehlt also der Bestand vom 1. Januar 1913. Ferner fehlt die Zahl über den Wegfall der Renten vom Jahre 1913 und die über den Bestand am 31. Dezember 1913. Da man die genauen Zahlen über die Invaliden-, Kranken- und Altersrenten aus diesem Zeitraum mitteilt, muß man annehmen, daß das Reichsversicherungsamt die Zahlen über die Hinterbliebenenrenten auch besitzt. Weshalb werden diese Ziffern nicht veröffentlicht? Befürchtet man, daß zuviel Veröffentlichungen die Kritik mehr anreizt? Kritisch angelegte Naturen sind geneigt, aus dem Schweigen zu schließen, daß die Wirklichkeit noch viel schlimmer aussieht, als die größten Pessimisten befürchten.

Gewerkschaftsbewegung.

Warum wird die Ulstein-Bibliothek in England gedruckt und gebunden? Die Ulstein-Bibliothek, an der hervorragende deutsche Schriftsteller mitwirken, die sozusagen eine nationale Tat, eine Art Emporhebel-Bibliothek bedeutet, wird im Ausland hergestellt? Warum denn? Traut Ulstein den deutschen Buchdruckern und Buchbindern nicht zu, seinen Verlagswerken ein würdiges Aussehen zu geben? Oder hat das „Made in Germany“ im Hause Ulstein einen so schlechten Klang, wird es von ihm so mit dem Begriff: Billig und schlecht identifiziert, daß er seine kostbaren Verlagswerke zum Drucken und Einbinden nach England schicken muß? Sieht man sich die vielgelobte Ulstein-Bibliothek an, so findet man die Fragen beantwortet. Die Bücher sind auf einem Papier gedruckt, das nicht einmal Schundromane zur Ehre gereichen würde; der Einband ist der lieblichste, der je hergestellt worden ist. Die Bücher sind nur elend mit Zwirnsäden zusammengeheftet und dann ist eine spinnwebartige Gaze über den Rücken geklebt. Sie sind weder auf Gaze, noch auf Bünde geheftet, wie es jeder Fachmann voraussetzt und wie es die Haltbarkeit der Bücher unbedingt erfordert. Viele Broschüren im Papierumschlag werden dauerhafter geheftet, als die „eleganten Bücher“ der Ulstein-Bibliothek. Die deutschen Schriftsteller, die in der Ulstein-Bibliothek sich ein Sterbchen geben, können wahrhaftig nicht stolz sein auf das schäbige und unsolide Kleid, in dem sie Ulstein auf den Büchermarkt schickt! Und warum muß das sein? Warum muß Ulstein seine Bibliothek in England binden lassen? Lassen die niedrigen Preise es nicht zu, daß die Bücher ordentlich und in Deutschland gebunden werden? Ist die deutsche Buchindustrie so wenig leistungsfähig, daß sie den Ansprüchen der modernen Zeit nicht zu entsprechen vermag? Reins von dem! — Die Antwort ist eben die, daß die Ulstein'schen Bücher in England deswegen um zwei Pfennig pro Band billiger hergestellt werden, weil sie ganz miserabel gebunden sind, weil die meisten an ihnen zu vollziehenden Buchbinderarbeiten von elend entlohnenden Arbeiterrinnen — man spricht von 6 und 8 Mark Wochenlohn — ausgeführt werden. Zwei Pfennig pro Band ist an sich eine Bagatelle gegenüber dem verhältnismäßig hohen Preis für die Ulstein'sche Schleuderware, die Band für Band mit 1 Mark bezahlt werden muß; ein Preis, der sehr wohl eine Erhöhung der Einbandkosten zuließe, da jedenfalls der Profit ein ganz erorbitanter sein dürfte. Aber bei Hunderttausenden von Bänden machen zwei Pfennig schon eine Summe aus, die als Profit für das Haus Ulstein etwas bedeuten. Das Haus Ulstein geht eben ins Ausland mit seiner Arbeit, um den deutschen Buchbindertarif zu umgehen, weil in Deutschland zum Teil die Löhne der Arbeiterinnen höher sind als in England. Wie ist das möglich? — Weil in Deutschland die Arbeiterinnen besser als in England organisiert sind, weil der Deutsche Buchbinderverband schon seit über zwei Jahrzehnten sich die Organisation der Arbeiterinnen angelegen sein läßt, während der englische Buchbinderverband bisher Arbeiterinnen grundsätzlich nicht in seine Reihen aufnahm. Diesen Umstand benutzen nun die englischen Unternehmer, um die männliche Arbeitskraft durch die billigere weibliche zur Ehre des Profits zu verdrängen. Der englische Buchbinderverband hat deshalb im Vorjahre und auch bis tief in dieses Jahr hinein schwere Kämpfe führen müssen gegen die von den Unternehmern beschaffte Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die Verdrängung der männlichen Arbeiter und gegen die elende Bezahlung der Arbeiterinnen. Man braucht beiseite kein Chauvinist zu sein und wird es doch verurteilen, daß deutsche Arbeit ins Ausland geht, um unter Hungerlöhnen hergestellt zu werden.

